VBE

05/2015
Zeitschrift des
Verbandes Bildung und Erziehung
Rheinland-Pfalz
05.05.2015 / 66. Jahrgang

Rheinland-pfälzische Schule

Mehr Gerechtigkeit wa(a)gen.
Damit Lehrer nicht sitzen bleiben.

Bildungsfinanzierung: Was kostet die Schule?

- **Einkommensrunde 2015**
- **Grundschule aktuell**

– Inhalt –

Kommentar	3
Magazin	4
Aktuell	6
Thema	8
Meinung	13
Grundschule aktuell	15
Bericht	17
Der Junge VBE	19
Personalräte & Co.	20
Recht & Beratung	21
Seniorinnen & Senioren	23
Infos & Technik	25
Aus den Kreisverbänden	27
Wir gratulieren	28
Aus den Kreisverbänden	29
Zum Schluss ...	30
Rätsel	30

Impressum

05. Mai 2015, 66. Jahrgang

Herausgeber
Verband Bildung und Erziehung (VBE),
Landesverband Rheinland-Pfalz
Adam-Karrillon-Str. 62, 55118 Mainz
Telefon: 06131-616422, Telefax: 616425
info@vbe-rp.de

Redaktion dieser Ausgabe:
Hjalmar Brandt (verantwortlich) *br*
h.brandt@vbe-rp.de

Sabine Asal *sa*
(Referentin für Mitgliederentwicklung)
s.asal@vbe-rp.de

Dr. Markus Bachen *mb*
(Veranstaltungen / Regionales)
m.bachen@vbe-rp.de

Frank Handstein *fh*
(Reportage / Recht)
f.handstein@vbe-rp.de

Dominik Hoffmann *dh*
(Recht)
d.hoffmann@vbe-rp.de

Marlies Kulpe *mkl*
(Bildungspolitik / Rubriken)
m.kulpe@vbe-rp.de

Lars Lamowski *lal*
(Primarstufe)
l.lamowski@vbe-rp.de

Klaus Schmidt *kfs*
(Reportage / Berufspolitik / Zum Schluss)
k.schmidt@vbe-rp.de

Fotos/Grafik:
Jan Roeder: Titel, 2, 4, 7, 9, 10, 11, 13, 14, 15, 16, 19, 20,
Dorota Wilke: 17(3), 18 (3),
Sabine Asal: 6
Helmut Endres: 27 (oben)
Hjalmar Brandt: 3, 5, 8, 9, 10, 13, 30
VBE KV 302: 27
silver-tipps.de: 23 (2)
Rainer Sturm /pixelio.de: S. 23
Typoly: Grafik Rückseite

Die RpS erscheint elfmal im Jahr.
Für VBE-Mitglieder ist der Bezugspreis durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Nichtmitglieder bestellen beim Verlag zum Preis von 4,80 Euro vierteljährlich einschließlich Vermittlungsgebühren.

Redaktionsschluss
05.05.2015 für Heft 06/2015
Den Inhalt namentlich gezeichneter Artikel verantworten deren Verfasser.
Nachdruck ist nur mit Zustimmung der Redaktion und Quellenangabe zulässig. Für unverlangt eingesandte Manuskripte besteht keine Gewähr.

Gesamtherstellung, Anzeigenverwaltung
Gebrüder Wilke GmbH, Druckerei und Verlag
Oberallener Weg 1, 59069 Hamm
E-Mail: info@wilke-gmbh.de

ISSN: 1869 3717

Die nächste RpS erscheint am 03. Juni 2015.

Editorial

—— *Wir suchen Ihr schönstes Schuljahreserlebnis!* ——

Wer kennt es nicht, jenes berühmt-berüchtigte Aufsatzthema „Mein schönstes Ferienerlebnis“? Generationen von Schülerinnen und Schülern haben unter dieser Überschrift berichtet, wie sie die – wie es heißt – schönste Zeit des Jahres verbracht haben.

Die Redaktion der „Rheinland-pfälzischen Schule“ stellt wie im vergangenen Jahr jetzt dieses Thema sozusagen auf den Kopf und fragt alle Kolleginnen und Kollegen:

Was war Ihr schönstes Schuljahreserlebnis?

Teilen Sie uns in einem kurzen Text mit (je kürzer, umso besser),

- über welchen Gag Sie im Schulalltag am meisten gelacht haben, oder
- welches Erlebnis Ihnen/Ihrem Unterricht einen besonderen Kick gegeben hat, oder
- was Ihnen besonders „schräg“ vorgekommen ist,
- oder ...

Wir wollen Ihre Erlebnisse gern in unserer Sommer-Ausgabe 07-08/2015 veröffentlichen.

Senden Sie uns Ihre Anekdote oder Ihren kleinen Text bitte

bis zum 05. Juni 2015

per Post, Fax oder per E-Mail zur Veröffentlichung zu. Der Umfang sollte 500 Anschläge (inklusive Leertasten) nicht übersteigen.

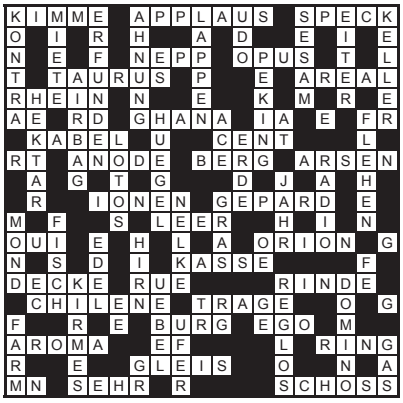
Einsendungen bitte an:

VBE Rheinland-Pfalz
Postfach 4207
55032 Mainz
Fax 06131 616425
E-Mail info@vbe-rp.de

Für die ersten zwanzig Kolleginnen und Kollegen, deren Einsendung uns erreicht, halten wir einen Buchgutschein bereit. Der lässt sich bestens in eine entspannende Ferienlektüre investieren – nach diesem Schuljahr vielleicht nicht das Schlechteste.

Wir freuen uns darauf, von Ihnen zu lesen!

■ *Ihre RpS-Redaktion*



Unser Rätsel aus Heft 04/2015:

Hier ist die Auflösung

MACH DEINE PLAENE
FUER'S JAHR IM
FRUEHLING-DIE
FUER DEN TAG
FRUEHMORGENS

Was ist uns Bildung wert?

Im Grußwort von Ministerin Vera Reiß kann man auf der Homepage des MBWWK lesen: „Die Landesregierung hat Bildung zu einem Schwerpunkt der politischen Arbeit erklärt.“ Das suggeriert: Es wird sehr viel für die Bildung getan. Ist es so?

Im Bildungsfinanzbericht 2014 heißt es: „Die Schaffung bzw. der Erhalt eines leistungsfähigen Bildungssystems gehört in allen Staaten zu den Kernaufgaben der öffentlichen Hand. Deshalb ist es von besonderem Interesse, den Stellenwert von Bildung in Relation zu anderen öffentlichen Aufgaben darzustellen.“ Der Abgleich ergibt, dass die öffentlichen Haushalte in Deutschland im Vergleich zu anderen Staaten leider relativ wenig für Bildung ausgeben. Insgesamt betrug der Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2011 in Deutschland 5 % und lag damit unter dem OECD-Durchschnitt und dem Durchschnittswert der EU-21-Staaten von jeweils 5,6 %.

Rheinland-Pfalz belegt im Leistungscheck der Bundesländer (Bildungsmonitor 2014) nur Rang 10. Damit schneidet unser Land in den meisten der 12 Handlungsfelder durchschnittlich ab; Stärken bestehen bei der Integration (Platz 1).

Kann sich ein immer noch reiches Land, das seinen einzigen Rohstoff zwischen den Ohren hat, leisten, derart dürftig in die Bildung zu investieren, wenn es seinen Wohlstand sichern möchte angesichts großer Herausforderungen unserer Zeit? Die Antwort kann nur lauten: Nein!

Ein kurzer Rückblick: 1957 löste der Sputnikschock in den USA bis dahin nie gekannte Anstrengungen für Bildung aus. Nachdem 1963 Georg Picht mit der Bildungskatastrophe die Öffentlichkeit schockte, 1964 Ralf Dahrendorf Bildung als Bürgerrecht einforderte und 1970 der Deutsche Bildungsrat den Strukturplan vorlegte, bekam die Bildung Konjunktur. Die Politik investierte kräftig in die Bildung. Leider verkehrte sich diese positive Entwicklung ab 1975 wieder ins Gegenteil.

Und heute? Fest steht, dass die Bildungsausgaben nicht der großen Wirtschaftskraft Deutschlands entsprechen. Wenn wir die Zukunftsfähigkeit unseres Landes in den Fokus nehmen, sehen wir Herkulesaufgaben vor uns. Wir haben einen starken demografischen Wandel vor Augen. Kaum kalkulierbare Migrationsströme angesichts vieler Krisen in der Welt stellen unser Land für nicht absehbare Zeit vor gewaltige Anstrengungen, wenn wir die Menschenrechte ernst nehmen. Der Prozess gesellschaftlicher Veränderungen, vor allem der Familien, schreitet unaufhaltsam voran. Die Stärkung und Weiterentwicklung hin zu einem inklusiven Bildungssystem erfordert einen langen Atem.

Gerhard Walgenbach

Keine der genannten Zukunftsaufgaben macht halt vor der Schule. Gesellschaft und Politik setzen sie unter einen Erwartungsdruck, dem Lehrerinnen und Lehrer mit dem heutigen Rüstzeug und den unzureichenden Ressourcen nicht entsprechen können. Der Großteil der Lehrkräfte ist für die neuen Aufgaben nicht ausgebildet. Fortbildungsmaßnahmen in größerem Umfang wären vonnöten, aber davon ist nichts in Sicht.

Was muss geschehen? Nach dem Ausrufen der Bildungsrepublik Deutschland am 4. Dezember 2003 wurde viel Erkenntnisgewinn in Sonntagsreden präsentiert, aber leider viel zu wenig gehandelt. Wir brauchen eine solide Bildungsfinanzierung und gemeinsame Strategien von Bund und Ländern. Es ist verheerend, dass die Große Koalition das Kooperationsverbot für den Bildungsbereich in der Verfassung unangetastet lässt. Wenn alle wissen, dass ein enger Zusammenhang zwischen Bildung und Wohlstand besteht, dann sind Investitionen in die Bildung die wichtigsten Investitionen, weil sie die höchsten Renditen erbringen.

Ein schlauer Staat investiert in seine wichtigste Ressource. Gute Ausbildung eröffnet Möglichkeiten für gut bezahlte Jobs. Hohe Gehälter schaffen hohe Kaufkraft. Das kurbelt die Wirtschaft an, was sich positiv auf den Wohlstand auswirkt und wieder mehr Investitionen in die Bildung ermöglicht. Ein Kreislauf, der den Wert von Bildung weit oben ansiedelt und unsere Demokratie sichert.

■ *Gerhard Walgenbach*
Landesschatzmeister des VBE Rheinland-Pfalz

Novelle der Lehrkräftewechselprüfungsordnung

Der VBE Rheinland-Pfalz hat mit seiner Unterstützung der Klage gegen die ungleiche Bezahlung an Realschulen plus (und Integrierten Gesamtschulen) beim Bundesverwaltungsgericht erstritten, dass die erst vor einem Jahr eingeführte Lehrkräftewechselprüfungsordnung neu gefasst werden muss. Die Landesregierung muss bis zum Beginn des neuen Schuljahres ein neues Verfahren entwickeln, damit GHS-Lehrkräfte an RS+ und IGS ihre Befähigung für das Lehramt RS+ zumutbar und unter realistischen Bedingungen berufsbegleitend nachweisen können. Das Mainzer Bildungsministerium hat jetzt den Referentenentwurf der neuen Verordnung zur Stellungnahme bis Anfang Mai vorgelegt. Der VBE wird auf seiner Webseite www.gerechtigkeit-fuer-lehrer.de darüber informieren.

Schluss mit dem „Zeugnis-Chaos“

Seit es in der Grundschule – auf maßgebliche Initiative des VBE Rheinland-Pfalz – die Zeugnisse mit Könnensprofilen gibt, konnte viel für die Verständlichkeit der Beurteilungen getan werden. Außerdem ist die Arbeitsbelastung der Kolleginnen und Kollegen gesunken, zum Wohle des Unterrichts. Doch noch immer gibt es eine Vielzahl unterschiedlicher Zeugnisvarianten in der Grundschule, die zur Unübersichtlichkeit und zu Unverständnis führen. Der VBE macht jetzt einen Vorschlag zur Abhilfe (Seite 15).

Die aktuelle Zahl

Lehrkräfte im Mittelbau: Minus 23 %

Im Schuljahr 2008/2009 waren an Hauptschulen 3.019, an Realschulen 4.149, an Regionalen Schulen 2.398 und an Dualen Oberschulen 505 Lehrkräfte tätig. Im Schuljahr 2013/2014 waren es an den Realschulen plus und den wenigen noch verbliebenen (privaten) Hauptschulen und Realschulen noch 7.766 Lehrkräfte, das ist ein Minus von knapp 23 %. Dieser Rückgang hat auch Konsequenzen für die Größe der Haupt- und Bezirkspersonalräte – bei der nächsten Wahl im Jahr 2017.

(Quelle: StaLa: Amtliches Schulverzeichnis 2014/2015)

Computer im Unterricht zielgenauer einsetzen

Der Einsatz von Computern im Unterricht trägt einer neuen Studie zufolge nur unter bestimmten Bedingungen zu besseren Schülerleistungen bei. Würden Computer mehr zur Informationssuche und weniger für Übungszwecke verwendet, so ließen sich bessere Auswirkungen erreichen, sagte Ludger Wößmann vom ifo-Institut in München. Der Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts zufolge bewirkt der Einsatz von Computern im Schulunterricht im Durchschnitt keine besseren Ergebnisse der Schüler in Mathematik und Naturwissenschaften. „Hinter diesem Durchschnittseffekt verstecken sich entgegengesetzte Wirkungen“, erklärte Wößmann, Leiter des ifo-Zentrums für Bildungsökonomik, am 19. März 2015. „Werden Computer zur Informationsbeschaffung und zur Ideensuche genutzt, steigen die Leistungen der Schüler. Werden die Rechner aber zum Einüben des Erlernten eingesetzt, sinken die Leistungen.“ Das ifo-Institut an der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU) untersuchte die Mathematik- und Naturwissenschaftsleistungen von über 400.000 Viert- und Achtklässlern aus über 50 Ländern im internationalen Schülerleistungstest TIMSS. „Der durchschnittliche ‚Null-Effekt‘ ist ernüchternd, aber häufig belegt“, sagt Wößmann. „Neu ist unser Ergebnis, dass er die Kombination aus positiven und negativen Teil-Effekten ist.“ Würden Computer also mehr zur Informationssuche und weniger für Übungszwecke eingesetzt, so ließen sich bessere Resultate im Unterricht erzielen.

Internet:

- Publikation: http://www.cesifo-group.de/DocDL/cesifo1_wp5266.pdf
- Infos Bundesbildungsministerium: http://dpaq.de/d24Jx
- KMK-Beschluss zur Medienbildung an Schulen: http://dpaq.de/nFmUN

■ *dpa*

Perspektive für ausländische Berufsabschlüsse

Die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse in Deutschland soll einfacher werden. Das Bundeskabinett beschloss am 1. April 2015 den Gesetzentwurf zur Änderung des sogenannten Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes. Damit werde das Gesetz an die Vorgaben der novellierten EU-Richtlinie zur Berufsanerkennung angepasst, beispielsweise um Unterlagen im Anerkennungsverfahren elektronisch zu übermitteln, teilte das Bildungsministerium mit. Das Ministerium will zudem mit einem neuen Projekt die Anerkennung der beruflichen Qualifikationen ausländischer Fachkräfte erleichtern. „Wir wollen insbesondere Flüchtlinge, die zumeist keine Unterlagen mitbringen, bei der Anerkennung ihrer Berufsabschlüsse besser unterstützen und ihre beruflichen Perspektiven stärken“, sagte Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) zum Startschuss eines entsprechenden Projekts („Prototyping Transfer“). „Flüchtlinge sollen auch dann eine Chance auf Anerkennung ihrer Abschlüsse haben, wenn notwendige Dokumente fehlen. Insgesamt stellt das Bildungsministerium für das Projekt „Prototyping Transfer“ rund 2,2 Millionen Euro zur Verfügung. Seit Juli 2014 dürfen Asylbewerber in Deutschland schon nach drei Monaten arbeiten.

Internet:

- Webseite „Anerkennung in Deutschland“: http://dpaq.de/VsWer

■ *dpa*

Knapp 28 Mio. Euro für Schulobst-Programme

Für die Verteilung von Obst und Gemüse in Schulen bekommt Deutschland im kommenden Schuljahr knapp 28 Millionen Euro von der Europäischen Union. Das haben Vertreter der EU-Staaten am 18. März 2015 in Brüssel beschlossen. Damit das Geld aus dem EU-Schulobst- und Gemüseprogramm verwendet werden kann, muss Deutschland noch einmal ein Drittel des vorgesehenen Betrags, also rund 9 Millionen, dazugeben. Die Programme sind in Deutschland Ländersache. Derzeit sind laut Bundesernährungsministerium neun Länder dabei. Mit dem Geld werde die kostenlose Vergabe von Obst und Gemüse vor allem in Grundschulen und auch in Kindertagesstätten finanziert. Zudem sollen Kinder über gesunde Ernährung informiert werden. Für die 25 teilnehmenden EU-Staaten stehen damit für das Schuljahr 2015/16 insgesamt 150 Millionen Euro aus EU-Töpfen bereit, davon 27,96 Millionen Euro für Deutschland. Die EU-Kommission muss noch zustimmen, was aber als sicher gilt. Jedes Land muss eigene Mittel beisteuern.

Internet:

- Mitteilung der EU-Kommission – Englisch: http://dpaq.de/oRI5C
- Bundeslandwirtschaftsministerium zum Schulobstprogramm: http://dpaq.de/zLacM

■ *dpa*

UN mahnt inklusives Schulsystem an

Die Rechte von Behinderten in Deutschland müssen nach Ansicht der Vereinten Nationen deutlich gestärkt werden. Nicht zuletzt in Fragen des gemeinsamen Lernens von Behinderten und Nicht-Behinderten in den Schulen gebe es noch viel zu tun, stellte ein UN-Fachausschuss am 26. März 2015 in Genf fest. Die UN-Konvention für die Rechte von Behinderten trat vor genau sechs Jahren – am 26. März 2009 – in Kraft. „Ich bin besorgt über den Mangel an Koordination zwischen Bund und Ländern“, sagte die UN-Berichterstatterin Diane Kingston. Die Bundesregierung sei in der Pflicht, die Bundesländer zu einer Umsetzung der Bestimmungen zu drängen. Nur 28 % der behinderten Schüler besuchten eine Regelschule statt einer Förderschule. „In Deutschland muss ein inklusives Bildungssystem erst noch geschaffen werden“, kritisierte Kingston. Die Bundesregierung wies in der Anhörung auf die 200 Maßnahmen des Nationalen Aktionsplans hin, die bis 2021 umgesetzt werden sollen. „Wir wollen mehr Teilhabe für alle. Wir wollen ein inklusives Land sein“, so die Parlamentarische Staatssekretärin im Arbeitsministerium, Gabriele Löschkrug-Möller. Allein 2013 seien rund 31 Milliarden Euro für Teilhabe und Rehabilitation ausgegeben worden. Die Bundesregierung musste sich sechs Jahre nach Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention erstmals vor einem Ausschuss der Vereinten Nationen zur Lage der Behinderten in Deutschland äußern. Es geht darum, wie wirksam in Schulen, im öffentlichen Leben, auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesetzgebung Rücksicht auf die mindestens 7,5 Millionen Behinderten genommen wird. Der Druck durch die UN sei nötig, damit die Rechte von Behinderten ernster genommen würden, sagte Valentin Aichele vom Deutschen Menschenrechtsinstitut. Bei Bildung, Wohnen und auf dem Arbeitsmarkt gebe es noch längst keine den UN-Vorgaben entsprechenden Strukturen.

Internet
- Informationen Deutsches Institut für Menschenrechte: http://dpaq.de/oPT9l
- Staatenbericht Deutschland: http://dpaq.de/hw8mK
- PM DHV zu Inklusion: http://dpaq.de/pOSdq

■ *dpa*

Urteil: 3,40 Euro Stundenlohn ist sittenwidrig

Ein Stundenlohn von 3,40 Euro brutto für eine Schulbusbegleiterin ist sittenwidrig. Das hat das Landesarbeitsgericht in Düsseldorf entschieden und der Klägerin mehr als 4.300 Euro Nachschlag für Lohn und Urlaub zugesprochen. Die Frau hatte gut acht Monate lang mit einer Busfahrerin behinderte Kinder abgeholt, zur Schule und wieder nach Hause begleitet, wie das Gericht mitteilte. (Az: 8 Sa 764/13) Das Schulbusunternehmen hatte den Einsatz mit einer Pauschale von 7,50 Euro pro Tour vergütet. Für eine Arbeitszeit von knapp viereinhalb Stunden habe die Frau somit 15 Euro täglich erhalten. Entgeltfortzahlung für Feiertage und Arbeitsunfähigkeit erhielt sie nicht. Bezahlter Erholungsurlaub wurde ebenfalls nicht gewährt. Die Frau klagte und verlangte nachträglich den Tarifstundenlohn für das private Omnibusgewerbe in Nordrhein-Westfalen von 9,76 Euro brutto. Sie bekam recht, aber das Unternehmen kann noch Revision einlegen.

■ *dpa*

Staat zahlt 100 Euro mehr pro Schüler

Mehr als 6.000 Euro pro Jahr gibt der Staat im Durchschnitt für die Ausbildung eines Schülers aus. 2012 lag die Summe um 100 Euro höher als 2011. Pro Schüler investierten die öffentlichen Haushalte 2012 durchschnittlich 6.300 Euro in öffentliche Schulen, im Jahr zuvor waren es 6.200 Euro, wie das Statistische Bundesamt (Destatis) am 19. März in Wiesbaden berichtete. Je nach Schulart waren die Ausgaben unterschiedlich hoch: Ein Grundschüler kostete im Durchschnitt 5.400 Euro, ein Schüler im Gymnasium oder auf einer Integrierten Gesamtschule 7.200 Euro. Rund 4.300 Euro pro Kopf betrug diese Summe an beruflichen Schulen. Bei Berufsschulen im Dualen System waren es 2.700 Euro. Das meiste sind Personalausgaben. Im Bundesdurchschnitt waren es 5.100 Euro. Für die Unterhaltung der Schulgebäude oder Lehrmittel wurden durchschnittlich 800 Euro ausgegeben, für Baumaßnahmen und Sachinvestitionen 400 Euro je Schüler. Die höchsten Ausgaben pro Schüler wurden für Thüringen (8.000 Euro) und Hamburg (7.600 Euro) ermittelt, die niedrigsten für Nordrhein-Westfalen (5.500 Euro) und Schleswig-Holstein (5.600 Euro). Bei der Statistik ist zu beachten, dass die Bundesländer nur bedingt vergleichbar sind, da Schulstruktur und Unterrichtsangebote unterschiedlich sind.

Internet:
- Destatis zu Schulausgaben 2012: http://dpaq.de/QoS5H

■ *dpa*

Wir haben Zeit für unsere Mitglieder

Noch Fragen?
Der VBE nimmt sich Zeit für Sie.

Ihre Ansprechpartnerin:

Sabine Asal
Referentin für Mitgliederentwicklung

Schwerpunkte:
- Alles zur Mitgliedschaft im VBE Rheinland-Pfalz
- Events an Unis und Studienseminaren
- Tagungen, Fortbildungen und Messen

Kontakt:
Fon 0 61 31 / 61 64 22
E-Mail: s.asal@vbe-rp.de

Gekämpft und ein akzeptables Ergebnis erzielt

Tarifabschluss 2015

In der vierten Verhandlungsrunde um den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) wurde am 28. März 2015 eine Einigung zwischen den Gewerkschaften und der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) erzielt.

Einkommensanpassung – auch für Beamte

Zentrales Ergebnis ist, dass rückwirkend zum 1. März 2015 die Tabellenentgelte (TV-L) um 2,1 % angehoben werden. Ab dem 1. März 2016 erfolgt eine nochmalige lineare Anhebung um 2,3 %, mindestens aber 75,– Euro. Insgesamt beträgt die lineare Erhöhung über den Zeitraum der vereinbarten Laufzeit von 24 Monaten somit durchschnittlich 4,61 %.

Am 29. März 2015 teilte die rheinland-pfälzische Staatskanzlei mit, dass der Tarifabschluss 1:1 auf die Beamtinnen und Beamten des Landes übertragen wird.

Es ist davon auszugehen, dass zum Erreichen der zeit- und inhaltsgleichen Übertragung des Tarifergebnisses auf das Landesbesoldungsgesetz eine Regelung getroffen wird, wonach mit Wirkung zum 1. März 2015 1,1 % auf die bereits infolge des Ersten Dienstrechtsänderungsgesetzes zur Verbesserung der Haushaltsfinanzierung für 2015 verbriefte Linearanpassung von 1 % aufgeschlagen wird.

Für 2016 wird wahrscheinlich eine Regelung erfolgen, durch die der entsprechende „1-%-Artikel“ des erwähnten Dienstrechtsänderungsgesetzes so abgewandelt wird, dass die 1-%ige Anpassung zum Jahresbeginn entfällt und ab 1. März 2016 dann 2,3 % (mindestens 75,– Euro) besoldungsrechtlich gezahlt werden.

Das Bundesverfassungsgericht entscheidet

Anfang Mai ist mit einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts im Richterbesoldungsmusterfall des Leitenden Oberstaatsanwaltes aus Koblenz zu rechnen. Der Richterspruch wird alimentations-rechtlich Auswirkungen haben auf die drei derzeit ruhenden Musterverfahren gegen „5 x 1 %“, die der dbb in Rheinland-Pfalz unterstützt.

Von Interesse ist insbesondere, ob die Übertragung des aktuellen Tarifkompromisses bei der rechtlichen Beurteilung der Musterfälle eine größere Rolle spielen kann. Zunächst muss die Bundesverfassungsgerichtsentscheidung abgewartet und anschließend genau auf ihre Ausstrahlungswirkung hin überprüft werden.

Die Landesregierung betont in ihrer Verlautbarung zur Übernahme des Tarifergebnisses die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes in Rheinland-Pfalz. Das ist ein positives Signal, das aber nicht darüber hinwegtäuschen kann, dass im öffentlichen Dienst in Rheinland-Pfalz nach wie vor aus Sicht des Personals Luft nach oben ist.

■ *dbb/RED*

Eltern suchen Orientierung

– Lehrerinnen und Lehrer genießen höchstes Vertrauen –

Die Bildung und Erziehung ihrer Kinder ist eine große Herausforderung für viele Eltern, insbesondere diejenigen aus sozial benachteiligten Verhältnissen. Über die Hälfte der sozial benachteiligten Eltern fühlt sich unsicher, wie sie ihre Kinder am besten in der Schule unterstützen können (54 %). Das sind mehr als doppelt so viele wie bei den sozial bessergestellten Müttern und Vätern (24 %). All dies scheint sich auch auf die Kinder auszuwirken. So finden nur gut 40 % der sozial benachteiligten Eltern, dass ihr Kind in der Schule gut zurechtkommt, während es bei den sozial bessergestellten Eltern über 70 % sind. Außerdem beobachten sozial benachteiligte Eltern deutlich seltener, dass ihr Kind motiviert ist, viele Freunde hat und zahlreichen Hobbies nachgeht. Dementsprechend beklagen diese Eltern doppelt so häufig, dass es nur unzureichende Informationsangebote zu Bildung und Erziehung gibt. Dies ergab eine Umfrage unter Eltern von Schulkindern, die das Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Vodafone-Stiftung Deutschland durchgeführt hat.

„Alle Eltern wollen ihren Kindern so viel Rückenwind wie möglich auf ihrem Lebensweg geben, aber manche Eltern suchen hierfür stärkere Unterstützung. Deshalb“, so Dr. Mark Speich von der Vodafone-Stiftung, „wollten wir von den Eltern erfahren, wie die Familien- und Bildungspolitik sie besser erreichen kann. Darauf bekamen wir eine klare Antwort: über die Lehrer.“

Die überwiegende Mehrheit aller Eltern (70 %) setzt bei Fragen zu Erziehung und Bildung auf die Lehrer. Über alle sozialen Schichten hinweg genießen sie das größte Vertrauen. Die meisten Eltern, die sich an Lehrerinnen und Lehrer wenden, finden, dass sie dort auch gute Ratschläge bekommen (64 %). Viele Eltern wenden sich zwar auch

an andere Eltern (69 %), aber die Zufriedenheit mit deren Ratschlägen ist deutlich geringer (47 %). Informationsangebote zu Bildung und Erziehung im Internet spielen lediglich eine untergeordnete Rolle. Nur wenige Eltern nutzen spezielle Foren und Blogs (14 %), Ratgeberseiten (9 %) oder Soziale Netzwerke (3 %).

Dementsprechend wünscht sich die große Mehrheit der Eltern einen Ausbau der Informationsangebote an den Schulen. Dies gilt nicht nur für die sozial benachteiligten (71 %), sondern auch für die sozial bessergestellten Eltern (58 %). „Schulen und Lehrer dürfen mit dieser Aufgabe aber nicht alleingelassen werden“, so Professor Sabine Walper vom Deutschen Jugendinstitut, die die Umfrage wissenschaftlich begleitet hat. „Es bedarf“, so Walper weiter, „einer Koordination familien- und bildungspolitischer Initiativen, um die Zusammenarbeit von Elternhaus und Schulen weiter zu fördern.“

Über die Studie

Stichprobe:
1.126 Eltern von Schulkindern, die eine allgemeinbildende Schule besuchen.
Art der Befragung:
mündlich-persönliche Interviews (Face-to-Face)
Zeitraum der Befragung:
September 2014.
Methodische Gesamtverantwortung und Durchführung:
Institut für Demoskopie Allensbach.
Info: www.vodafone-stiftung.de/

■ *vodafone-Stiftung/RED*

Nach dem Tarifabschluss:

Es geht um mehr als 30 Euro – die Lehrerentgeltordnung kommt!

Kaum ist eine Einigung für die Tarifbeschäftigten gelungen, geht es in den nächsten Streik. Dies heißt es zumindest beim Mitbewerber, der dem Ergebnis zum Einstieg in die Lehrerentgeltordnung ausdrücklich nicht zugestimmt hatte. Während der dbb und seine Mitgliedsgewerkschaften den ersten Schritt in die richtige Richtung als Erfolg für die mehr als 200.000 tarifbeschäftigten Lehrer verstehen und sich auf die kommenden Verhandlungen vorbereiten, will die Gewerkschaftskonkurrenz mit dem Kopf durch die Wand und mit punktuellen Streiks neuen Druck auf die Arbeitgeber ausüben.

Doch was heißt die Potsdamer Tarifeinigung für die Lehrkräfte eigentlich?

Erstmals bekommen angestellte Lehrer Zugriff auf Regelungen zur Eingruppierung. Durch den Einstieg in die Lehrerentgeltordnung wird ein langjähriger Kampf um eine tarifliche Regelung beendet.

Die arbeitgeberseits vorgegebenen TdL-Richtlinien gehören der Vergangenheit an. Im August 2015 wird es erstmals die Möglichkeiten zur Höhergruppierung geben, da die bisherigen Tätigkeiten höher eingestuft werden. Sodann wird es einen ersten Einstieg in die Paralleltabelle zum August 2016 geben, der sodann in den Verhandlungen ab 2017 zu einer weiteren Angleichung an das Niveau der verbeamteten Kolleginnen und Kollegen führen wird.

Für die Eingruppierung bedeutet das:

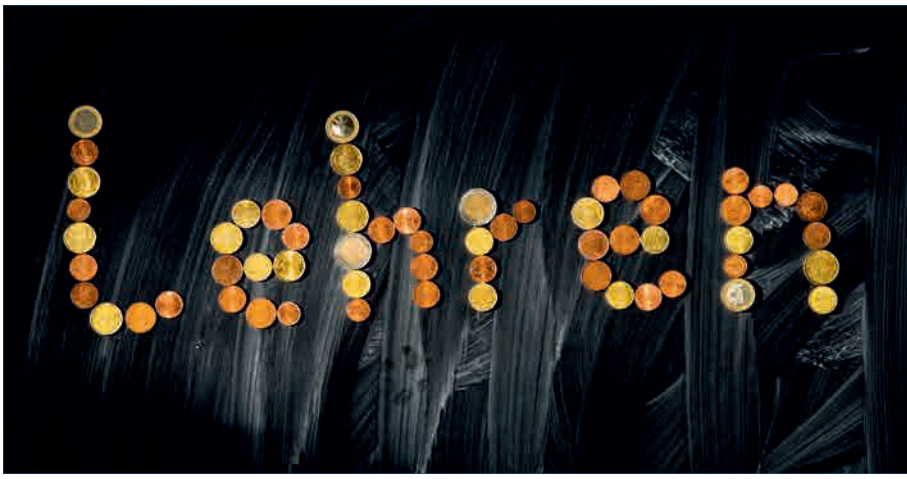
- Für Lehrkräfte ohne eine vollständige Lehrer-Ausbildung und Seiteneinsteiger wird das Entgeltniveau um bis zu drei Entgeltgruppen angehoben,
- Lehrkräfte, die lediglich über ein erstes Staatsexamen verfügen, haben die gleichen Beförderungsmöglichkeiten wie Lehrkräfte mit zweitem Staatsexamen,
- Kunst,- Musik- und Sportlehrer werden Lehrkräften mit vergleichbaren Abschlüssen in anderen Fachrichtungen gleichgestellt.

Natürlich gab es höhere Forderungen, die der dbb zuvor formuliert hatte. Am Ende stand die Entscheidung, entweder an den Maximalforderungen festzuhalten (d. h. alle Lehrkräfte bis EG 11 auf einen Schlag um eine Gruppe zu erhöhen) oder den skizzierten Kompromiss einzugehen.

Mit großer Mehrheit haben sich die Gremien des dbb für ein Durchbrechen des Teufelskreises der bisherigen Misserfolge in den Einkommensrunden entschieden und einen Einstieg in eine Lehrerentgeltordnung ermöglicht.

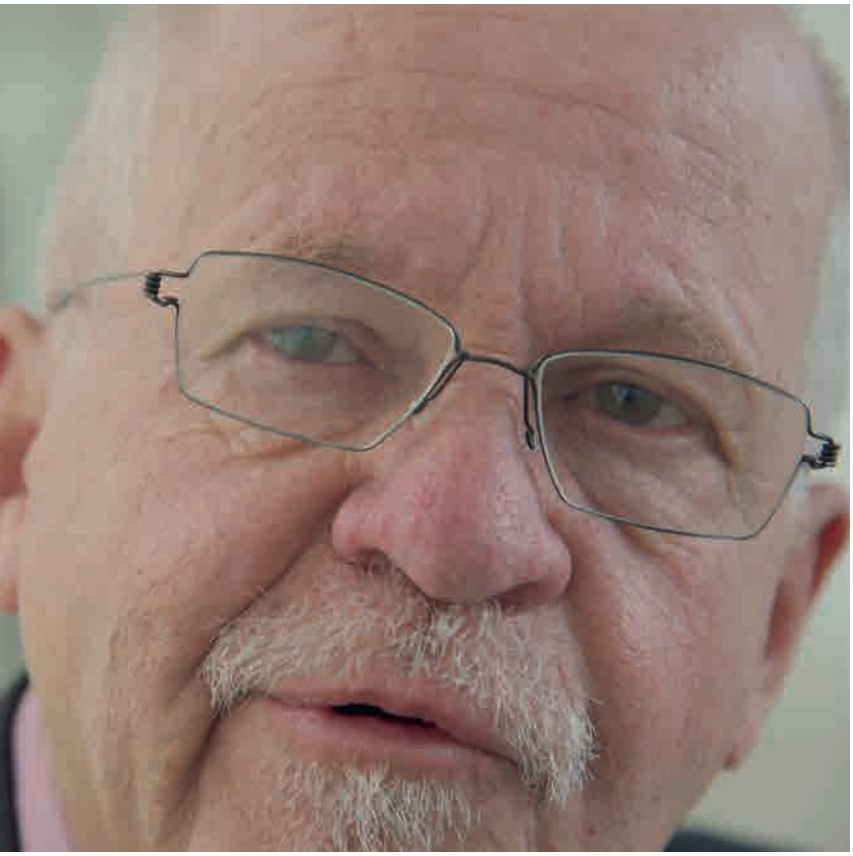
Dies wäre bei Aufrechterhaltung der Maximalforderung niemals möglich gewesen. Insoweit bringt die Tarifeinigung deutlich mehr als die genannten 30 Euro ab August 2016.

■ *dh*



Kein Geld ist immer da – was kostet die Schule?

Der Bildungsforscher Klaus Klemm im Interview



Kein Geld ist immer da – mit diesem Aphorismus hat Albin Dannhäuser, der ehemalige VBE-Bundesvorsitzende und BLLV-Präsident, stets den Unmut der Pädagoginnen und Pädagogen über die finanziell unzureichende Ausstattung von Bildung, Schule und Unterricht beschrieben. Und in der Tat: Wann war je für (öffentliche) Bildung genügend Geld da? Wann musste also nicht bei schulpolitischen Projekten über Geld verhandelt werden? Wohl nie. Deshalb ist die Frage nach der Bildung auch immer eine Frage nach deren Finanzierung, also eine Haushaltsfrage.

In einer Demokratie kann das auch gar nicht anders sein, weil öffentliche Gelder, also Steuern, auch öffentlich, und das heißt parlamentarisch, kontrolliert werden müssen. Dabei geht es allerdings weniger um ein „Ob" als vielmehr um ein „Wie viel". Und da streiten sich die Geister über den Anteil der Bildungsausgaben am Gesamthaushalt. So auch in Rheinland-Pfalz.

Vor diesem Hintergrund sprach die „Rheinland-pfälzische Schule" mit dem renommierten Bildungsforscher Prof. Dr. em. Klaus Klemm, der über Jahrzehnte Landesregierungen in Finanznöten bildungspolitisch beraten hat. So wurde Klaus Klemm in Rheinland-Pfalz gleich mehrfach engagiert, u. a. von Hanna-Renate Laurien in Sachen Lehrerbedarfsplanung, von Jürgen Zöllner bei KOSI 2010 und von Doris Ahnen wiederum zum Lehrkräftebedarf. Gerade unter Gewerkschaftsvertretern hat er sich damit nicht nur Freunde gemacht; das ändert aber nichts am Wert seiner Analysen, deren Ziel es letztlich sein musste, aus einem trockenen Handtuch doch noch einige Tropfen auszuwringen.

■ *RED*

RpS:
Im Mai 2012 haben Sie im Auftrag der rheinland-pfälzischen Landesregierung das Gutachten „Zur Entwicklung des Lehrkräftebedarfs in Rheinland-Pfalz vorgelegt, das zur Grundlage für das Mainzer Bildungsministerium wurde. Jetzt hat man sich von diesen Planungsdaten verabschiedet. Haben Sie sich verrechnet?

Klaus Klemm:
In dem ‚Zu Risiken und zum Umgang mit ihnen' überschriebenem Absatz meines Gutachtens heißt es: „Die in dieser Studie vorgestellte Abschätzung der Entwicklung des Lehrkräftebedarfs ist (das gilt für jede Prognose) mit Risiken behaftet: Die Prognose der Schülerzahlen kann (bedarfsmindernd bzw. -steigernd) die tatsächliche Entwicklung verfehlen. Eine Abweichung um 1.500 Schülerinnen und Schüler, also bei einer gesamten Schülerzahl von etwa 509.000 in 2016/17 von 0,3 %, führt zu einem Mehr- oder Minderbedarf von 100 VZLE (Vollzeitlehrereinheiten)."

Genau diese Entwicklung ist eingetreten: 2013 verzeichnete Deutschland eine positive Wanderungsbilanz in Höhe von fast 430.000, davon entfielen auf Rheinland-Pfalz etwa 20.100 (zum Vergleich: Zehn Jahre zuvor, 2003, lag dieser Wanderungsgewinn bei nur etwa 2.300).

Diese erwartungswidrig hohe Zuwanderung führte z. B. in der Gruppe der potenziellen Grundschüler, das sind die der Sechs- bis unter Zehnjährigen, zu einem Anstieg der Kinderzahlen: Im Vergleich zu den Daten meines Gutachtens 2013 lagen die nicht bei 133.500, sondern bei 134.400.

Um diese zusätzlichen 900 Schüler und Schülerinnen zu unterrichten, werden in den Grundschulen etwa 60 zusätzliche Stellen benötigt. Entsprechend haben sich auch die Bedarfswerte in den Schulen der Sekundarstufen I und II erhöht! Mit Folgen für die Höhe der Bildungsausgaben!

Deutschland ist ein rohstoffarmes Land, heißt es. Unser Kapital sind die Menschen, die hier leben. Ihre Bildung ist unsere einzige nennenswerte „natürliche" Ressource. Wenn das stimmt: Investiert der Staat genügend in unser Bildungssystem?

In Deutschland wurden im Jahr 2012 – neuere Daten liegen noch nicht vor – insgesamt 178 Mrd. Euro für Bildung ausgegeben. Das entsprach einem Anteil von 6,5 % des Bruttoinlandsproduktes.

Etwa 80 % davon zahlten die öffentlichen Haushalte, 20 % leistete der private Bereich. Zur Prüfung der Frage, ob dieses Ausga-

benvolumen für das so rohstoffarme Deutschland zur Zukunftssicherung ausreicht, fehlen objektive Kriterien.

Der häufig herangezogene Zugang über den Vergleich der deutschen Bildungsausgaben mit den Ausgaben anderer Länder ist da hilfreich: Die OECD berichtet für das Jahr, dass der Durchschnitt aller OECD-Länder 6,1 % des jeweiligen Bruttoinlandsproduktes für Bildung ausgab, Deutschland dagegen nur 5,1 %.

Der Unterschied dieses von der OECD mitgeteilten deutschen Wertes zu dem oben genannten Anteilswert von 6,5 % erklärt sich daraus, dass die deutsche Bildungsstatistik Bereiche der Bildung zuordnet, die international nicht dazu gezählt werden.

Um wenigstens auf den Durchschnitt des Ausgabenniveaus der OECD-Länder zu kommen, müsste Deutschland jährlich 28 Milliarden Euro zusätzlich für Bildung ausgeben. Dieser aus dem internationalen Vergleich hergeleitete Hinweis darauf, dass Deutschland seine Bildungsausgaben steigern muss, wird schon durch einen ersten Blick auf aktuelle Aufgabenfelder der Bildungspolitik untermauert: Es fehlt Geld für den Ausbau der Krippen für unter Dreijährige, für die Ausweitung der Angebote von Ganztagsschulplätzen, für die Umsetzung der Inklusion, für die Sicherung der Ausbildung aller jungen Menschen, für die Ausweitung der Studienplätze an unseren Hochschulen ...

Die RpS traf Klaus Klemm in Essen

Als wesentliche Einflussgrößen für die Schulpolitik werden die demografische Entwicklung und der anhaltende Trend zum Hochschulzugang angesehen. Welche Folgen sind daraus für die Bildungsbedarfsplanung und möglicherweise für die Struktur der Bildungsorganisation erkennbar?

Wenn die Zahl der Zuwanderer nicht dauerhaft auf einem hohen Niveau verharrt, wird sich die Gruppe der 20- bis unter 65-jährigen in den Jahren bis 2030 stark verkleinern: von etwa 50 auf etwa 42 Millionen.

Angesichts dieser Perspektive wird es schwer werden, sowohl den Bedarf an akademisch Qualifizierten als auch den der im Dualen System Ausgebildeten zu decken. Anstatt nun einen Streit darüber zu führen, ob es zu wenig Akademiker und zu viel Facharbeiter gebe oder ob es genau umgekehrt sei, sollte sich die deutsche Bildungspolitik darauf konzentrieren, die Zahl der jungen Menschen, die jährlich ohne eine abgeschlossene Berufsausbildung das Bildungs- und Ausbildungssystem verlassen, einschneidend zu verringern. 2013 galt dies für 13,8 % aller 20- bis unter 30-jährigen, das waren 1,3 Millionen junge Menschen.

Auf die berufliche Ausbildung dieser Ausbildungslosen muss sich Bildungspolitik konzentrieren: Durch einen Abbau der Quote derer, die die Schulen ohne einen Hauptschulabschluss verlassen, durch eine Ausweitung der Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze in unterversorgten Regionen und durch eine Unterstützung der Auszubildenden, die sich insbesondere mit dem theoretischen Teil der Ausbildung schwertun.

Die Ausgaben für Bildung werden im internationalen Vergleich in der Regel am Anteil am Bruttoinlandsprodukt eines Landes bzw. einer Volkswirtschaft gemessen. Können Sie uns diesen ökonomischen Zusammenhang kurz erläutern?

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist ein Maß für die wirtschaftliche Leistung eines Landes. Es gibt den zu Marktpreisen bewerteten Wert aller Waren und Dienstleistungen an, die innerhalb eines Jahres in der Volkswirtschaft dieses Landes erstellt werden.

Der Anteil am Brutttoinlandsprodukt, den ein Land – aus öffentlichen und privaten Mitteln – für Bildung aufwendet, ist ein Indikator dafür, welche Bedeutung ein Land der Bildung seiner Menschen zumisst.

Die internationalen Vergleichsstudien haben gezeigt, wie wichtig Grundbildung ist. Für Grundschulen wird aber vergleichsweise viel weniger Geld pro Schüler ausgegeben als für weiterführende Schulen. Steht die Bildungsfinanzierung also auf dem Kopf?

Diese häufig vorgetragene Einschätzung teile ich nicht. Es stimmt zwar, dass für Grundschulen je Schülerin oder Schüler weniger Geld ausgegeben wird als für die Jugendlichen in den weiterführenden Schulen.

Es stimmt aber auch, dass die Leistungen der deutschen Grundschüler schon bei der ersten Grundschulstudie dieses Jahrhunderts im internationalen Vergleich beachtlich waren – was man für die Fünfzehnjährigen in Deutschlands weiterführenden Schulen wahrlich nicht sagen konnte.

Eine schwerwiegende Unterfinanzierung der Grundschule kann ich nicht erkennen, wohl aber eine Unterfinanzierung von Krippen und Kindergärten. Schließlich belegen alle jüngeren Studien, dass frühkindliche Förderung den weiteren Bildungsweg nachhaltig günstig beeinflusst.

Während früher die Finanzminister in die Bildungshaushalte eingegriffen haben, wenn die Schülerzahlen zurückgingen, scheint das nach PISA & Co. anders geworden zu sein. Ist das Einsicht in die Notwendigkeit – oder eher der öffentliche Druck durch die Medien?

Das weiß ich nicht. Was ich aber sehe, ist dies: In den vergangenen Jahren ist in Deutschland der Anteil der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt gestiegen: vom Jahr 2008 bis 2011 um 0,4 Prozentpunkte.

Ich sehe aber auch,: 2012 ist dieser Anteil erstmalig wieder gesunken. Es bleibt zu hoffen, dass die Verbesserung deutscher Schülerinnen und Schüler bei den internationalen Studien nicht dazu führt, mit Anstrengungen und der dazu zu zählenden Steigerung der Bildungsausgaben nachzulassen.

Die finanziellen Mittel für die Bildung gelten als relevant für das Wirtschaftswachstum. Was bedeuten sie aber für die demokratischen Ziele, wie z. B. die Chancengleichheit? Ist das messbar?

Die finanzielle Ausstattung der Bildungseinrichtungen ist ein, aber auch nur ein Instrument, das die Annäherung an Chancengleichheit befördern kann – insbesondere beim Ausbau und bei der qualitativen Verbesserung vorschulischer Bildung.

Die Tatsache jedoch, dass Kinder im Anschluss an die Grundschule auf unterschiedlich anspruchsvolle Bildungswege verteilt werden und dass diese Verteilung nicht nur von den individuell erbrachten Leistungen in der Grundschule, sondern nach wie vor sehr stark vom sozialen Hintergrund der Kinder beeinflusst wird, lässt sich mit Geld nicht korrigieren.

Gute Bildung setzt gutes Geld voraus. Eine bessere Unterrichtsversorgung verlangt also nach mehr Lehrerinnen und Lehrern. Stimmt das in dieser einfachen Logik überhaupt?

Natürlich lässt sich mit einer verbesserten Ausstattung der Schulen mit Lehrkräften die Qualität der Schulbildung steigern. Ich warne aber davor, dies zu kurzsichtig an die Verkleinerung der Klassengrößen zu koppeln. Vieles spricht dafür, dass mehr erreicht werden kann, wenn zumindest für einen Teil des Unterrichts für eine einzelne Klasse zwei Lehrkräfte zur Verfügung gestellt werden.

Seit Jahrzehnten sind Sie ein Experte in Fragen der bildungspolitischen Bedarfsplanung. Können Sie sich an einen Zeitpunkt erinnern, zu dem festgestellt werden konnte, dass genügend Mittel für Bildung und Unterricht zur Verfügung standen?

Nein.

Es kommt immer wieder vor, dass die Bildungspolitik durch aktuelle Entwicklungen vor besondere Herausforderungen

Was kostet die Bildung?

gestellt wird, so bei der Inklusion oder jetzt bei der Versorgung von Flüchtlingsfamilien. Daraus ergeben sich in der Regel Finanzierungsprobleme für die öffentlichen Haushalte. Wäre es daher sinnvoll, wenn die Länder oder der Bund für Entwicklungen dieser Art bildungspolitische Hilfsfonds bereitstellen würden?

Solche Hilfsfonds können sinnvoll sein. Ein Beispiel dafür war das Investitionsprogramm ‚Zukunft Bildung und Betreuung' (IZBB), mit dem der Bund in den Jahren von 2003 bis 2009 den Ausbau der Ganztagsschulangebote ausgesprochen erfolgreich fördern konnte.

Besser als derartige Einzelprogramme wäre aber eine im Grundgesetz verankerte und auf Dauer angelegte Kooperation von Bund und Ländern auch in Fragen schulischer Bildung.

Stichwort Bildungsföderalismus: In Deutschland haben bekanntlich die Länder in der Bildungspolitik das Sagen. Was diese für ihre Schulen ausgeben, ist durchaus unterschiedlich, auch aus Konkurrenzgründen. Wäre es nicht allein aus bildungsökonomischer Sicht sinnvoll, den Föderalismus zu überwinden und damit für alle Kinder und Jugendlichen eine gleiche finanzielle Grundlage zu schaffen?

Ich habe aufgehört, mich in dieser Frage zu verkämpfen. Wer auf die Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte schaut, muss wohl oder übel zur Kenntnis nehmen, dass keines der sechzehn Bundesländer bereit war, ist und sein wird, eine Grundgesetzänderung mitzutragen, die die Zuständigkeit der Länder in Bildungsfragen einschränken oder gar aufheben würde.

Diese – wenn Sie so wollen: resignative – Einschätzung bestärkt mich aber darin, weiterhin darauf hinzuweisen, dass es unsinnig und kontraproduktiv ist, dass das Kooperationsverbot in Fragen der Hochschule aufgehoben, in denen der Schule aber festgeschrieben wurde.

Sie sind als Wissenschaftler auch beratend in der Schulpolitik tätig. Hat Sie dieses Engagement nicht in ihrer wissenschaftlichen Unabhängigkeit beeinträchtigt?

Wenn sich Wissenschaft von der aktuellen Schulpolitik fernhält, wird sie schnell mit dem Etikett der Wissenschaft im ‚Elfenbeinturm' belegt. Wenn sie sich einmischt, sieht sie sich mit dem Vorwurf fehlender Objektivität und dem der Parteilichkeit konfrontiert. Ich habe immer versucht, deutlich zu machen, wo ich als Wissenschaftler und wo ich als politischer Mensch argumentiere. Ob mir das immer gelungen ist, das müssen andere beurteilen.

Zusammenfassend: Was kostet die Bildung?

Nicht nur Geld!

■ *Für das Interview bedankt sich Hjalmar Brandt.*

Rheinland-Pfalz ist im Ländervergleich nur Mittelmaß

Die jüngste Veröffentlichung der Bildungsausgaben der Bundesländer durch das Statistische Bundesamt macht deutlich, dass Rheinland-Pfalz weit davon entfernt ist, Vorreiterland in Sachen Bildungsfinanzierung zu sein. Laut Statistischem Bundesamt wurden pro Schüler im Jahr 2012 in rheinland-pfälzischen Schulen 6.000 Euro ausgegeben, der bundesweite Durchschnitt liegt bei 6.300 Euro. Während Thüringen mit knapp 8.000 Euro das Länderranking anführt, liegt Rheinland-Pfalz damit auf Platz 12.

Rheinland-Pfalz ist bei den Gesamtausgaben damit unteres Mittelmaß, bei den einzelnen Schularten ergibt sich ebenfalls ein negatives Bild. So liegt Rheinland-Pfalz bei den Schulen, die mehrere Bildungsgänge anbieten (in Rheinland-Pfalz also Realschulen Plus) mit 6.600 Euro auf dem drittletzten Platz, der bundesweite Durchschnitt der Länder, die mehrgängige Schularten anbieten liegt bei 7.700 Euro.

Das Land Rheinland-Pfalz hat stets betont, viel Geld in Bildung zu investieren. Zugleich hat man sich über hohe Personalausgaben beschwert. Ein Vergleich der Personalausgaben zeigt aber, dass Rheinland-Pfalz mit 5.100 Euro genau im Bundesschnitt liegt. Von einer besonders hohen Haushaltsbelastung kann also gerade nicht die Rede sein. Trotzdem liegen die Gesamtausgaben unter dem Bundesschnitt.

Der VBE fordert seit Langem mehr Investitionen im Bildungsbereich, sei es im Bereich der Schulausstattung mit sachlichen und personellen Mitteln, sei es in der angemessenen Besoldung der Kolleginnen und Kollegen.

Gerade im Bereich der Realschulen plus muss das Land nachsitzen. Es genügt offensichtlich nicht, nur die Schilder zu wechseln. Pädagogische Innovationen erfordern mehr Investitionen, sonst bleibt unter dem Strich nur ein Etikettenschwindel. Das ist – auch aus bildungsökonomischer Perspektive – mehr schlecht als recht.

Begrüßenswert ist sicherlich, dass auch das Land-Rheinland-Pfalz seine Bildungsausgaben seit dem Jahr 2005 erhöht hat. Gleichzeitig muss künftig ein noch stärkerer Fokus auf die Steigerung gelegt werden. Bildungsausgaben sind Investitionskosten für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft.

Die Entwicklung der Ausgaben im Bereich der Grundschulen machen deutlich, dass das Land die Notwendigkeit zur Erhöhung sieht, schließlich sind dort die Gesamtausgaben von 2005 (4.100 Euro) bis 2012 (5.700 Euro) um knapp 35 % gestiegen. Dennoch sind hier andere Länder mutiger, so hat beispielsweise Hamburg seine Ausgaben in diesem Bereich um mehr als 53 % auf 8.000 Euro erhöht.

Es ist dem Engagement der Kolleginnen und Kollegen zu verdanken, dass Rheinland-Pfalz trotz der vergleichsweise schlechten Rahmenbedingungen in Leistungsvergleichen noch so gut abschneidet.

dh

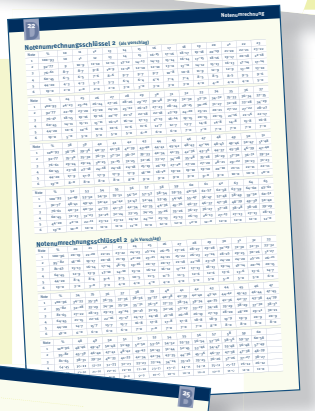
Info: Statistisches Bundesamt, Bildungsausgaben, Ausgaben je Schülerin und Schüler 2012, Wiesbaden 2015, www.destatis.de

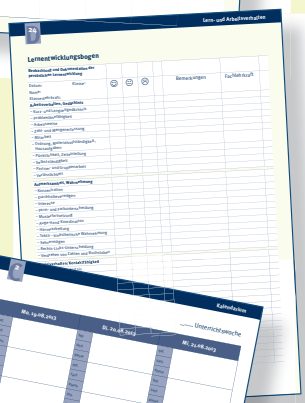
Schuljahresplaner Rheinland-Pfalz 2015/2016

– der Lehrerkalender mit Format –

Der VBE Rheinland-Pfalz produziert den neuen Schuljahresplaner Rheinland-Pfalz für das kommende Schuljahr 2015/2016 – ein Werkzeug für Unterricht und Schulorganisation, aus der Praxis für die Praxis, entworfen von Lehrerinnen und Lehrern, geschaffen für den Schulalltag:

- ✓ ca. 200 Seiten
- ✓ Format A 4
- ✓ Spiralbindung
- ✓ stabiler Kunststoffeinband
- ✓ zusätzliche Einschubtaschen
- ✓ klare und übersichtliche Gliederung
- ✓ ausführliches Kalendarium mit Jahres-, Monats-, Wochen- und Tagesübersichten
- ✓ umfangreiche Planungstabellen
- ✓ Listen und Vorlagen (z. T. perforiert zum Ab- bzw. Heraustrennen)
- ✓ Tabellen und Kalkulationen
- ✓ großer Adressteil mit Weblinks





Der Schuljahresplaner Rheinland-Pfalz 2015/2016 ist zum Preis von € 12,80 (zzgl. Versandkosten) zu bestellen bei:

VBE Bildungs-Service-GmbH
Postfach 4207
55032 Mainz
info@vbe-rp.de
Tel.: 0 61 31 / 61 64 22
www.vbe-rp.de

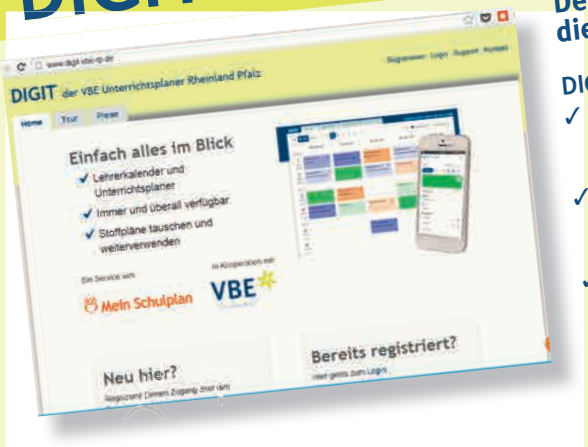
Wie immer erhalten VBE-Mitglieder im Schuldienst ihr Exemplar kostenlos per Post.

Nähere Informationen auf www.vbe-rp.de

Also: Bevor Sie *irgendwo irgendeinen* Schuljahresplaner ordern – beim VBE-Schuljahresplaner Rheinland-Pfalz sind Profis am Werk!

Jetzt neu für Mitglieder

DIGIT – der digitale VBE-Unterrichtsplaner Rheinland Pfalz



Den Unterricht praktisch, schnell und übersichtlich planen – dies ist mit dem Unterrichtsplaner DIGIT möglich.

DIGIT verbindet drei Arbeitsbereiche intelligent und übersichtlich miteinander:

- ✓ Ein Jahreskalender, in dem für jeden Kalendertag die Unterrichtsstunden erfasst sind, verbunden mit der Möglichkeit, Inhalte aus den Stoffverteilungsplänen automatisch eintragen zu lassen.
- ✓ Die Planung der einzelnen Unterrichtsstunde, in der die Unterrichtsstruktur und alle Unterrichtsmaterialien (Arbeitsblätter, Tafelbilder, Leistungsnachweise etc.) abgelegt werden können und
- ✓ einen einfachen Kalender, den man für dienstliche und, wenn gewünscht, auch für private Terminplanungen nutzen kann.

Sie wollen DIGIT kennenlernen oder abonnieren? Dann klicken Sie auf www.vbe-rp.de/digit

Frank Handstein

In der RpS-Ausgabe 03/2015 wurde ein Beitrag zum Thema „Wem gehört die Schule?“ veröffentlicht, in dem sich der rheinland-pfälzische Landeselternsprecher Dr. Thorsten Ralle zum Lehrerberuf äußerte. Darauf antwortet jetzt als engagierter und selbstbewusster Lehrer, unser Redaktionsmitglied Frank Handstein.

■ *RED*

Blüten der Meinungsfreiheit

Landeselternsprecher Thorsten Ralle und seine eigenwillige Auffassung vom Lehrerberuf

Thorsten Ralle ist Vater von drei Kindern, Wirtschaftswissenschaftler, engagierter Elternvertreter. Das alles mag er sein. Was er nicht ist: Er ist kein Lehrer. Dennoch ist er der Meinung, Schule bzw. Schulen – und zwar alle, einschließlich der, von deren Existenz er nicht einmal weiß – in- und auswendig zu kennen. Thorsten Ralle weiß ferner zu berichten (wie könnte es anders sein), dass die Lehrerschaft in schwarze und weiße Schafe einzuteilen sei. Es gäbe gute und schlechte Lehrer (welch eine Erkenntnis!) – aber, so muss man wohl folgern, wenn man seinen Ausführungen unreflektiert Glauben schenken will, die meisten davon sind schwarze Schafe, die sich mehr oder weniger (ihm zufolge eher mehr) in der sozialen Hängematte des Berufsbeamtentums ausruhen, während sie pausenlos und selbstredend ohne jeden Grund über die Dummheit der Kinder und die fordernde Haltung ihrer Eltern herziehen. Wenn man diese Meinung teilt, hält man also (der Einfachheit halber) die breite Masse der Lehrer bis auf das wackere Häufchen der „Engagierten“ für unfähig, unwillig, herrisch und rückwärts gewandt.

Aber entspricht das den Tatsachen? Sind Lehrer wirklich so schlecht, wie Thorsten Ralle ihren Ruf machen will? Und weshalb überhaupt will er eine so ungerichtete und desorientierte Debatte anstoßen?

Tatsache ist (Sarkasmus beiseite), dass seine Thesen der Realität an den allermeisten Schulen nicht standhalten. Sie sind tendenziös, pauschal und daher auch nicht belegbar. Insofern als Thorsten Ralle also mit plakativen Behauptungen das deutsche Bildungssystem – vor allem jedoch die Lehrerinnen und Lehrer, die ja eine beliebte Zielscheibe in solchen Diskussionen sind – bloßzustellen versucht, agiert er nicht nur unfair den Gescholtenen gegenüber, sondern auch grob fahrlässig, denn er unterminiert damit in gefährlicher Weise das Vertrauen der Eltern in die Lehrerschaft und das Bildungssystem. Dies führt zwangsläufig zur Verunsicherung bei den Eltern und zu Unverständnis und sogar berechtigtem Ärger bei Lehrerinnen und Lehrern. Schlimmstenfalls dient es einer dumpfen Meinungsmache gegen Lehrkräfte.

Diese löst dann bei Eltern die Überzeugung aus, in dasselbe Horn stoßen zu dürfen wie Thorsten Ralle, der die Autorität der Lehrer gezielt – aber ziellos – untergräbt. Dabei sind etliche seiner Behauptungen offensichtlich falsch. So beispielsweise die, dass der Beamtenstatus Lehrer vor Entlassung schütze. Erstens trifft dies nicht uneingeschränkt zu, und zweitens arbeiten viele Lehrerinnen und Lehrer heute (leider) in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Sie sind unterbezahlt und werden häufig am Ende eines Schuljahres ohne Lohnfortzahlung oder jegliche Überbrückungsansprüche auf die Straße gesetzt, um sie im nächsten Schuljahr wieder in dasselbe unterhonorierte Arbeitsverhältnis einzustellen.

Außerdem hält Thorsten Ralle wohl alle Lehrer für weltfremd, wenn er behauptet, sie verstünden die Härten des Arbeitsmarktes nicht! Gar zu postulieren, dass Lehrerinnen und Lehrer immer noch nach vierzig oder fünfzig Jahre alten Methoden arbeiteten, beweist, wie weit jenseits der Realität er sich bewegt. Unterricht heute hat mit dem Unterricht der Sechziger und Siebziger kaum mehr etwas gemein!

Des Weiteren ist Thorsten Ralles Unterstellung, Lehrer seien selbstherrlich und müssten sich keiner Verantwortung für ihren Unterricht stellen, einfach unzutreffend. Wie sieht dies seiner Meinung nach aus? Schwellenpädagogik und dann vertuschen, mauscheln und anderen das Versagen der Schülerinnen und Schüler in die Schuhe schieben! Das sind üble Pauschalverurteilungen, die den Beruf des Lehrers als solchen verunglimpfen! In der Schule gibt es aber keinen Despotismus, der Lehrkräfte zu absoluten Herrschern macht!

Diesen dann im nächsten Gedankenzug auch noch die Selbstreflexion absprechen zu wollen, die nach seiner Erfahrung „nicht zum Standardrepertoire eines Lehrers“ gehöre, ist geradewegs unverschämt! Im Gegenteil zu

Und bei den „einfachen“ Lehrern macht er nicht halt. Die Vorgesetztenrolle sei in der Schule ungeklärt, sagt Thorsten Ralle. Wie bitte? Wie sollte Schule denn dann überhaupt funktionieren? Die Schulleitung ist den Bediensteten und den beschäftigten Lehrkräften gegenüber weisungsbefugt. Die Schulaufsicht ist den Schulleitungen vorgesetzt. Es gibt klare Hierarchien, innerhalb derer man trotzdem vertrauensvoll zusammenarbeitet. Es ist alles geregelt.

Und plötzlich – ohne erkennbaren Grund – schwenkt der Mahner wieder um.

Thorsten Ralles Unterstellung reflektieren Lehrerinnen und Lehrer ihren Unterricht und ihr Auftreten darin laufend. Dies geschieht allein schon ganz unwillkürlich. Man spürt, wenn eine Stunde schlecht gelaufen ist und fragt sich, was man hätte besser machen können. Auch fällt natürlich der Erfolg einer Stunde auf – und zwar sowohl unmittelbar als auch durch den nachhaltigen Lernerfolg der Schülerinnen und Schüler.

Der Landeselternsprecher gibt sich nachgerade alle Mühe, den Eindruck zu erwecken, das Abendland sei seinem Untergang wieder einen Schritt nähergekommen, wenn einmal „ die Vermittlung eines Stoffes schiefgeht“, wie er es ausdrückt. „Wer trägt dafür eigentlich die Verantwortung?“, fragt Thorsten Ralle.

Natürlich kann die Vermittlung eines Stoffes auch einmal weniger gut gelingen oder in die Hose gehen. Aber auch hier gilt, dass man aus seinen Fehlern lernt. Lehrkräfte haben gelernt, ihre Misserfolge zu analysieren. Und sie wollen sie natürlich beheben. Schon allein deshalb, weil sie sonst im Unterricht nicht weiterkommen. Wenn der Stoff nicht verstanden oder angemessen vermittelt wurde, wird er eben auf eine andere Weise wiederholt. Methoden gibt es dafür genug, und Lehrer sind schließlich pädagogische Profis.

Doch dies erkennt der Elternsprecher nicht, er würde sich „eine andere Arbeitseinstellung wünschen“. Er wünscht sich – ungeachtet aller Entwicklungen in der angewandten Pädagogik und Didaktik – „Lehrer, die sich fragen: Was ist in meinem Unterricht falschgelaufen? Wurden die Kinder zum Lernen motiviert? Warum ist das nicht gelungen?“ – als passierte das nicht schon längst! Lehrer müssten „mehr von der anderen Seite des Tisches gucken“, fordert Thorsten Ralle.

Doch Lehrerinnen und Lehrer sind keine Ackergäule, die stur mit Scheuklappen der Mohrrübe der drei FS (Feierabend, Ferien und Freizeitgestaltung) hinterherlaufen und ansonsten völlig blind für die Bedürfnisse ihrer Schülerinnen und Schüler sind. Das ist völlig unstrittig. Dennoch zeichnet Thorsten Ralle ein überaus negatives Bild von Lehrern und von der Schule.

Es gebe ganz viele engagierte und tolle Lehrer – „aber es gibt eben auch die anderen, und die ruinieren den Ruf“, betont er. Das klingt nach Zurückrudern, nachdem Thorsten Ralle sich doch zunächst bemüht hat, Lehrer so ziemlich jeder Pflichtverletzung zu bezichtigen.

Schlechte Lehrer, sagt Thorsten Ralle, seien etwas, das sich unsere Gesellschaft nicht leisten könne. Genauso, möchte man antworten, wie Eltern, die ihre Pflichten vernachlässigen, weil sie mehr mit sich selbst und ihrem Leben als mit dem ihrer Kinder beschäftigt sind.

Doch zu diesem Phänomen schweigt er, als gäbe es so etwas gar nicht. Eine so einseitige Sichtweise ist und bleibt verstörend! Anstatt Lehrern die Befähigung für ihren eigenen Beruf abzusprechen, sollte der Landeselternsprecher gerade auch über die Rolle der Eltern in der Erziehung ihrer Kinder reflektieren, anstatt jegliche Verantwortung dafür in die Schule outsourcen zu wollen!

Denn anders, als er glaubt, empfinden die weitaus meisten Lehrerinnen und Lehrer Eltern keinesfalls „als Störenfriede“ oder „Eindringlinge in den Bereich Schule“. Vielmehr suchen Lehrkräfte in der Regel immer aktiv die Zusammenarbeit mit den Elternhäusern. Oft genug jedoch fehlt die Resonanz der Eltern. Dann noch zu behaupten, die Schule bemühe sich nicht um eine Zusammenarbeit, entspricht nicht den Tatsachen und kann nur Kopfschütteln verursachen.

PS: Ob Thorsten Ralle überhaupt die hiesige Elternschaft repräsentiert, darf nach der jüngsten Allensbach-Umfrage zum Verhältnis der Eltern zur Schule mit gutem Grund kritisch hinterfragt werden. Danach zeigt sich, dass Eltern den Lehrern heute großes Vertrauen schenken (vgl. hierzu den Beitrag auf Seite 6). Vertritt Thorsten Ralle also als deren gewählter Sprecher überhaupt die Eltern, oder doch nur seine eigenen (Vor-)Urteile? Das Letztgenannte würde – paradox – der Bildung eher nützen.

■ *Frank Handstein*
f.handstein@vbe-rp.de

Der nächste Schritt zu einer nachvollziehbaren Zeugnispraxis ist überfällig:

Schluss mit dem Zeugnis-Chaos!

Da die Bildungspolitik der Landesregierung im Wesentlichen ein Ziel hat, nämlich zu SPAREN – wird im Folgenden ein Vorschlag einer kostenneutralen Reform unterbreitet, die letztlich zu einer verständlicheren Zeugnispraxis führen könnte.

Der VBE Rheinland-Pfalz hat sich in den vergangenen Jahren für eine Alternative zu den Zeugnissen mit Verbalbeurteilungen starkgemacht, was im letzten Jahr zum Erfolg führte. So werden mittlerweile nahezu flächendeckend die für alle Beteiligten wesentlich verständlicheren Könnensprofilzeugnisse eingesetzt – ohne den schulpolitischen Druck des VBE Rheinland-Pfalz wäre das kaum möglich geworden. Es ist eine Weiterentwicklung der bis dahin durchlittenen Zeugnispraxis.

Vor allem aber bewirken die neuen Zeugnisse eine mittlerweile vielerorts festzustellende verbesserte Kommunikation mit Eltern sowie den Schülerinnen und Schülern. Zudem führen sie zu einer enormen Arbeitsentlastung für die Kolleginnen und Kollegen, die nun nicht mehr die gesamten Oster- bzw. Weihnachtsferien mit dem Schreiben von Verbalbeurteilungen zubringen müssen, die von den Eltern immer weniger gelesen oder verstanden wurden. Schon während des eigentlich erfreulichen Gesetzgebungsverfahrens wies der VBE Rheinland-Pfalz auf Verbesserungsmöglichkeiten hin, die leider weitestgehend ignoriert wurden, mit der Folge, dass die Eltern sowie die Schülerinnen und Schüler an rheinland-pfälzischen Grundschulen kaum wissen, ob überhaupt und wann welche Art von Zeugnis sie als Nächstes erwartet. Es ist unübersichtlich geworden im Zeugnisblätterwald.

Zudem gibt es auch einige Kolleginnen und Kollegen, denen die Orientierung abhandenkommt, insbesondere dann, wenn der Dienstort gewechselt wurde. Folgende, weder für Eltern noch für Schülerinnen und Schüler nachvollziehbare Zeugnisvielfalt ist Grundlage der Verunsicherung in den Grundschulgemeinschaften in Rheinland-Pfalz:

1. Schuljahr:

Halbjahresabschluss:
Kein Zeugnis und kein protokolliertes Lehrer-Eltern-Schüler-Gespräch;
Jahresabschluss:
Zeugnis ⇝ Verbalbeurteilung.

2. Schuljahr:

Halbjahresabschluss:
Kein Zeugnis, aber ein protokolliertes Lehrer-Eltern-Schüler-Gespräch;
Jahresabschluss:
Zeugnis ⇝ Verbalbeurteilung.

3. Schuljahr:

Halbjahresabschluss:
Zeugnis auf Notenbasis und protokolliertes Lehrer-Eltern-Schüler-Gespräch oder Halbjahreszeugnis ohne Noten mit Verbalbeurteilung.
Jahresabschluss:
Zeugnis auf Notenbasis mit Verbalbeurteilung oder Könnensprofilen oder Jahreszeugnis ohne Noten mit Verbalbeurteilung.

4. Schuljahr:

Halbjahresabschluss:
Zeugnis auf Notenbasis und protokolliertes Lehrer-Eltern-Schüler-Gespräch.
Jahresabschluss:
Jahreszeugnis auf Notenbasis mit Verbalbeurteilung oder Könnensprofilen.

Allein die bis hierher aufgeführten Alternativen und Unterschiede zwischen den Schuljahren sind kaum begründbar, weder, für Schülerinnen und Schülern, noch für Eltern in irgendeiner Weise nachvollziehbar. Von einer einheitlichen für alle verständlichen Zeugnispraxis in Rheinland-Pfalz kann also kaum die Rede sein.

Wenn man nun noch die Vielfalt der Könnensprofilraster und Protokollbögen hinzunimmt, die von Grundschule zu Grundschule differieren, kann man begründet von einem Zeugnis-Chaos sprechen, das es aufzubrechen gilt. Dies nicht nur aufgrund einer strukturellen Unübersichtlichkeit, sondern auch aus pädagogischen Gründen.

Wieder durchblicken!

Mehr verstehen!

So haben sich viele Kollegien mittlerweile auf den Weg gemacht und die Lehrer-Eltern-Schüler-Protokollbögen an die Könnensprofilraster der dritten und vierten Schuljahre angepasst. Dadurch ergibt sich für die Eltern und Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit, beginnend mit dem Protokoll des Lehrer-Eltern-Schüler-Gesprächs zum Halbjahr des 2. Schuljahres bis zum Abschlusszeugnis Lernentwicklungen auf einen Blick nachzuvollziehen.

Leider wird dies durch die gegebene Rechtslage nicht durchgängig ermöglicht. So ist es weder für Kolleginnen und Kollegen noch für Eltern sowie Schülerinnen und Schüler ersichtlich, warum zum Ende der Klasse 2 anstelle eines Zeugnisses in Form einer Verbalbeurteilung nicht auch hier ein Könnensprofilzeugnis ausgestellt werden darf bzw. ein protokolliertes Lehrer-Eltern-Schüler-Gespräch stattfinden kann. Insbesondere, weil das bewährte Rückmeldesystem schon zum Halbjahresabschluss der Klasse 2 durchgeführt wurde.

Dies sollte dann folgerichtig – aber optional – auch für die Klassenstufe 1 gelten. Optional deshalb, weil für die Klassenstufe 1 bei nicht Wenigen noch Bedenken bestehen, ob hier insbesondere für schwächere Schüler das Könnensprofilraster unangemessen sein könnte.

Mit dieser beschriebenen Form der Zeugnispraxis könnte die Lernentwicklung der Schülerinnen und Schüler von Klassenstufe 1 bis Klassenstufe 4 lückenlos und für alle Beteiligten verständlich nachvollzogen werden, und die Zeugnispraxis erhielt im gleichen Zug eine klar ersichtliche Struktur. Es gäbe in jeder Klassenstufe zum Halbjahr ein protokolliertes Lehrer-Eltern-Schüler-Gespräch und zum Schuljahresende ein Könnensprofilzeugnis.

Der VBE Rheinland-Pfalz wird sich im Sinne der Kolleginnen und Kollegen, der Schülerinnen und Schüler und der Eltern dafür einsetzen, dass es sich endlich lichtet im Zeugnisdschungel der rheinland-pfälzischen Grundschulen.

Da dies kostenneutral möglich ist, besteht zumindest die Hoffnung auf eine diesbezügliche Einsicht im Mainzer Bildungsministerium.

■ *Lars Lamowski*
Referent für die Primarstufe
im VBE Rheinland-Pfalz

Debeka Versichern und Bausparen

Das Geheimnis des Erfolges liegt darin, den Standpunkt des anderen zu verstehen. 1905 wurde die Debeka Krankenversicherung von Beamten für Beamte gegründet. Wir kennen den Bedarf und haben darauf unseren leistungsfähigen und kostengünstigen Versicherungsschutz für Sie abgestimmt. Nicht nur führende Wirtschafts- und Verbrauchermagazine, sondern insbesondere unsere Mitglieder bestätigen uns immer wieder die hervorragende Qualität unserer Produkte.

Kundenmonitor® Deutschland 2014 TESTSIEGER Kundenzufriedenheit Branchen: • Private Krankenversicherungen • Bausparkassen Details unter www.debeka.de/kundenmonitor

Profitieren auch Sie von unserer Leistungsstärke.

anders als andere

MITGLIED IM DEUTSCHEN BEAMTENWIRTSCHAFTSRING E.V. · DBW Unser Angebot – Ihr Vorteil

Geschäftsstellen in Rheinland-Pfalz:

Bad Kreuznach	(0 67 1) 8 38 01 - 0
Hachenburg	(0 26 62) 9 48 64 - 0
Kaiserslautern	(06 31) 8 40 07 - 0
Koblenz	(02 61) 91 17 - 0
Landau	(0 63 41) 9 94 65 - 0
Ludwigshafen	(06 21) 5 99 03 - 0
Mainz	(0 61 31) 2 70 76 - 0
Mayen	(0 26 51) 96 68 - 0
Neustadt	(0 63 21) 9 27 43 - 0
Neuwied	(0 26 31) 87 09 - 0
Pirmasens	(0 63 31) 6 08 65 - 0
Simmern	(0 67 61) 96 44 43 - 0
Speyer	(06 21) 5 99 03 - 0
Trier	(06 51) 9 75 02 - 0
Worms	(0 62 41) 3 07 76 - 0

www.debeka.de

Debeka

Deutscher Schulleiterkongress 2015

Schulen gehen in Führung

Zum vierten Mal richteten der Verband Bildung und Erziehung (VBE) und Informationsdienstleister Wolters Kluwer den Deutschen Schulleiterkongress DSLK aus. Rund 2.000 Teilnehmer aus allen Bundesländern, aus Italien, den Niederlanden, Österreich und der Schweiz kamen vom 12. bis 14. März ins Düsseldorfer CCD Süd. Fast jeder Sechste kam zum vierten Mal. Zwei von drei Kongressteilnehmern waren mindestens schon zum zweiten Mal dabei. VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann resümierte daher: „Der Wille, sich fortzubilden, ist ungebrochen. Der DSLK hat sich als Top-Bildungsveranstaltung für Schulleitungsmitglieder etabliert.“ Michael Gloss, Geschäftsführer von Wolters Kluwer Deutschland, verweist auf das Feedback: „Unsere Teilnehmer schätzen ganz besonders die Mischung aus neuen Erkenntnissen der Wissenschaft, Workshops und den Beiträgen von Referenten, die nicht aus dem Bildungsbereich kommen.“

Neugierig geboren

Am Sonnabendvormittag mussten alle Kongressteilnehmer in die Prüfung. Ranga Yogeshwar ließ im Auditorium weiße Blätter verteilen und bat, den Namen aufzuschreiben, darunter die Schule und dann vier Fragen zu beantworten. „Oh, oh, oh“, kommentierte er mit Blick auf die eingesammelten „Arbeiten“ und fragte in die Runde: „Wie haben Sie sich dabei gefühlt?“

In dem anschließenden Vortrag zum Kongressabschluss regte der Physiker und Wissenschaftsmoderator an, über die Schule, so wie sie ist, zu reflektieren. „Schule hat immer etwas von Tribunal“, sagte Ranga Yogeshwar, „aber Kreativität hält das nicht unbedingt aus.“ Jeder Mensch sei verschieden, jeder werde neugierig geboren. Dagegen produziere Schule Stress bei Schülern, bei Lehrern, bei Eltern. Unter Hinweis auf den steigenden Ritalin-Konsum bei Kindern und die Zunahme von Nachhilfe warnte er eindringlich vor dieser Entwicklung. Das Lernen selbst sei kein angstbehafteter Prozess, meinte Ranga Yogeshwar. „Der gute Lehrer schafft es, Schüler zum Fliegen zu bringen. Mein Lehrer hat uns geglaubt. Er hat uns nicht belehrt.“ In der heutigen Zeit, in der IT-Kompetenz zur Schlüsselkompetenz werde, sollten die Kinder Gestalter werden und nicht nur Konsumenten, lautete sein Credo. Wir seien die erste Generation der Menschheit, die sich ihre eigene Zukunft gestalten könne und diese selbst erlebe. Vor diesem Hintergrund zeichnete Ranga Yogeshwar eine Schule, die lernorientiert statt leistungsorientiert sei, in der es ums Entdecken und nicht ums Reproduzieren gehe, in der Realität statt eines künstlichen Umfelds greifbar sei. Er warb dafür, auf die Begeisterung des Lehrers zu vertrauen. „Wir wollen kein System haben, das uns vorschreibt, was wir zu machen haben.“

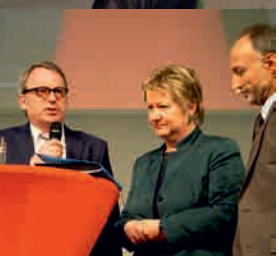
Ranga Yogeshwar schloss mit seinem Vortrag den Kreis, der von Paul Breitner im Eröffnungsvortrag begonnen worden war. Der einstige Profifußballer und Markenbotschafter des FC Bayern zog hintersinnig Parallelen zwischen Schulleitung und Leistungssport. Ein Vergleich impliziere, sagte Paul Breitner, dass es nicht um Mittelmaß gehe, sondern um Spitzenleistungen.

Risiko Persönlichkeit

Der Profi appellierte an die Schulleitungsmitglieder, Risikobereitschaft zur Persönlichkeitsentwicklung zu zeigen. Eine Persönlichkeit sei für ihn jemand, der nicht bereit sei, in der Masse unterzutauchen. Und er fügte hinzu, in heutigen Zeiten des Mittelmaßes sei von Persönlichkeit immer weniger die Rede. Paul Breitner stellte klar, dass einer nötig ist, „der vorneweg marschiert und seiner Mannschaft zeigt, wie die Karre aus dem Dreck gezogen werden kann“. Er lobte das Nein-Sagen-Können. Es schaffe Freiraum für die eigenen Ziele. Es gelte, das Team zu studieren, um die Stärken und Schwächen des Einzelnen zu erkennen. Niemand könne zu einer Aufgabe gezwungen werden, zu der er nicht in der Lage sei. Paul Breitner gab zu bedenken, in der Gruppe würde man sich sowohl mit seiner Leistung als auch mit Verantwortungsbereitschaft zurückhalten, und Gruppen neigten zu höherem Risiko. „Die Nachteile von Gruppen lassen sich begrenzen, wenn die Leistungen des Einzelnen mehr sichtbar gemacht werden.“ Dazu gehöre es, dass alle im Team wüssten, wo sie in der Hackordnung stünden. Keine Mannschaft bestehe nur aus Freunden, aber alle müssten den gleichen Willen haben und sich aufeinander verlassen können.

Peperoni und Schäfchen

Den roten Faden, den Paul Breitner ausgelegt hatte, griff Jens Weidner, Erziehungswissenschaftler und Kriminologe in Hamburg, eigenwillig auf. In seinem Hauptvortrag empfahl er die Peperoni-Strategie und warnte, sein Vortrag sei nicht ethisch orientiert. Mit bissigem Witz bot er eine Kurzberatung, wie man nicht zum „Schäfchen“ wird. Jeder habe aggressive Potenzen, die man positiv oder negativ ausleben könne. Von der Negativ-Variante zum Beispiel als Bankräuber riet Jens Weidner konsequentermaßen dringend ab, zur Positiv-Variante gab er überzeugende Tipps. Er empfahl ein Persönlichkeitsprofil, das zu 80 % umfasst, gebildet, respektvoll, seriös, zuverlässig und humorvoll zu sein. Er warnte allerdings vor Ironie. Die verstehe niemand! Die restlichen 20 % sollten von der Logik des Durchsetzungsstarken geprägt sein. Je höher das eigene Biss-Potenzial sei, desto mehr Höflichkeit werde entgegengebracht. Ansehen ergibt sich nach Weidners Logik aus Sachverstand und einem Hauch von Angst. Ein anderer dringender Rat lautete: Je besser Sie vernetzt sind, desto besser sind Sie geschützt.



In der Diskussion bedauerten manche, den Vortrag nicht am Anfang ihrer Schulleiterarbeit gehört zu haben. Der Redner wiederum riet zu einer kleinen Analyse des Kollegiums: Wer unterstützt mich, auch wenn ich Fehler mache. Wer arbeitet gegen mich, auch wenn ich gut bin. Die Unterstützer seien in das Netzwerk einzubinden, mit den anderen sollten Einzelgespräche geführt werden. Und sein Rat zum Abschluss: Wenn Sie sich vom Jasager zum Neinsager verändern, müssen Sie das kommunizieren.

Schlüssel für Schulqualität

Personalentwicklung, Schulmanagement, Networking, Unterricht und Lernen waren auch diesmal wieder die Schwerpunkte des DSLK. Zu den Hauptvorträgen gab es eine große Vielfalt an Praxisforen. Die 100 Referenten kamen aus der Schulpraxis, aus der Erziehungswissenschaft, aus der Kultur, aus der Wirtschaft, aus der Politik. Selbstverständlich gehörte dazu auch der Blick ins benachbarte Ausland. So gab Krijno van Vugt von M3V adviespartners Einblick in aktuelle schulpolitische Erfahrungen in den Niederlanden. Seine Agentur versteht sich als „pädagogische Architekten“. Sie sind Berater für Schulen und Gemeinden, adäquat zum jeweiligen Schul- und Unterrichtskonzept ein Konzept für das Schulgebäude zu entwickeln. Es zählen dabei der Blick in die Zukunft des Unterrichts und die Perspektive der schulischen Entwicklung. Im Dialog mit der konkreten Schule geht es um die Entwicklung des Unterrichts in den nächsten zehn bis 20 Jahren und darum, welche Raumbedürfnisse dadurch entstehen. Auch in den Niederlanden geht es um Inklusion, um Lernen in immer heterogeneren Klassen, um Ganztag. Und es geht darum, wie sich Unterricht durch den Einsatz digitaler Medien verändert. Zum Schulumbau oder zum Schulneubau kommt es im Nachbarland erst, wenn Klarheit über das Unterrichtskonzept besteht. Krijno van Vugt stellte vor, was der VBE zusammen mit den Montag-Stiftungen und dem Bund Deutscher Architekten in seinen Schulbauleitlinien für Deutschland angestoßen hat.

Schule digital

„Die IT-Ausstattung der Schulen ist mittelalterlich“, bekräftigte Udo Beckmann auch auf dem DSLK. Über Klassensätze mit Tablets zum Beispiel verfügen derzeit zehn von hundert Schulen. Die Umfrage unter den Kongressteilnehmern bestätigte erwartungsgemäß die Malaise, die die forsa-Umfrage des VBE öffentlich gemacht hatte. Gleichzeitig aber zeigte sich auch auf dem DSLK, dass das Thema IT in Schule längst dort angekommen ist und trotz schlechter Ausstattung durch die Schulträger und fehlender Fort- und -weiterbildung Lehrerinnen und Lehrer digitale Medien im Unterricht einsetzen. Thomas Schmidt von Helliwood Berlin begründete in seinem Praxisforum, „warum die Integration von Medien in Schule und Unterricht Chefsache ist“. Er erinnerte an die Unzufriedenheit über die langsame Postkutsche. Der Wunsch nach schnelleren Pferden wurde durch das Automobil obsolet. Thomas Schmidt warb dafür, sich von den schnelleren Pferden zu trennen und sich umzusehen, „wie Lernen im Internet auf ganz anderem Weg möglich wird“. Logistisch sei es zum Beispiel kaum lösbar, wenn mit Stundenbeginn die ganze Klasse zugleich per WLAN ins Netz gehe. Es sei besser, den Takt aufzugeben mit Konsequenzen für den gesamten schulischen Ablauf. Sein Fazit lautete: Digitale Medien in der Schule zu verankern geht nur über ein schulisches Gesamtkonzept. Infrastruktur und Schulkonzept müssen zusammenpassen – ein analoger Ansatz zum Thema Schulkonzept und Schulbau.

Zuwendung und Klärung

Margot Käßmann, Botschafterin des Rates der EKD für das Reformationsjubiläum, setzte sich mit der Kinderarmut in Deutschland auseinander. Deutschland sei arm an Kindern und Kinder seien arm. Sie kritisierte, dass Kinderarmut kein Thema in der Politik sei, wobei sie den Begriffsrahmen deutlich weiterzog als nur die materielle Not zu beklagen. Zur Bildung würden nicht nur die PISA-Fächer gehören, dazu gehöre ebenso die ethische, musische, religiöse Bildung. Bildung sei auch ein zentrales Thema der Reformation gewesen, erinnerte sie. Margot Käßmann gab zu bedenken, dass schon Acht- bis Elfjährige inzwischen befürchten, es nicht mehr zu schaffen. Vor diesem Hintergrund machte sie klar, wie wichtig es ist, dass jeder spürt: ich bin wertvoll, ich werde gebraucht. Es sei ein Armutszeugnis, dass viele diese Erfahrungen vermissen würden. „Kinder brauchen Zuwendung, Unterstützung, Liebe und Klärung.“ Kinder würden deshalb Geschichten, Rituale, Lieder und Religion brauchen, sagte Margot Käßmann. Kinder brauchten eine Kulturerziehung.

Schmiede für Leadership

„Führungskräfte fallen nicht vom Himmel“, konstatierte Udo Beckmann auf dem DSLK. Es brauche langfristige, sorgsame Strategien, Schulleitungen aufzubauen und Kolleginnen und Kollegen dafür zu gewinnen und sie dann nicht im Regen stehen zu lassen. Von den Dienstherren forderte der VBE-Bundesvorsitzende, Schulleiter als Führungskräfte anzuerkennen und ihnen die nötigen Ressourcen zu gewähren, insbesondere Leitungszeit, geringere Unterrichtsverpflichtungen und eine Bezahlung, die vom Respekt des Dienstherren zeugt. KMK-Vizepräsidentin Sylvia Löhrmann lobte zum Abschluss des DSLK die schulischen Führungskräfte und erzählte ihnen: „Schulleitungen stoßen notwendige Prozesse für Innovation und Schulentwicklung an.“ Sie sprach vom Ziel der NRW-Landesregierung, „die Arbeitsbedingungen der Schulleitungen schrittweise weiter zu verbessern“. Das Kongressauditorium reagierte verhalten und freute sich auf den nächsten DSLK. Der findet vom 03. bis 05. März 2016 wiederum im CCD Süd Düsseldorf statt. Anmelden kann man sich bereits:

www.deutscher-schulleiterkongress.de

■ *Mira Futász*
Pressereferentin des VBE-Bundesverbandes

In Sachen Studienfinanzierung:

„Stellen Sie sich nicht so an, später fahren Sie das Geld doch mit der Schubkarre nach Hause!“

Diesen Satz möchte man eigentlich nicht hören, wenn man sich über die Finanzierung des bevorstehenden Studiums Gedanken macht. Viele Studienanfänger müssen sich mit der Frage befassen, wie kann ich meine Ausbildung finanzieren. Viele Faktoren spielen da eine Rolle.

Wo werde ich studieren? Wie hoch wird meine Miete sein? Wie hoch wird der Sozialbeitrag an der Hochschule sein? Fallen eventuell Studiengebühren an?

Können die Kosten für das Studium nicht oder nur teilweise von den Eltern getragen werden? Gibt es verschiedene Wege, wie man sich das Studium doch ermöglichen kann?

1. Der Job:

Als Studentin bzw. Student hat man viele Möglichkeiten zu jobben. Während des gesamten Semesters als Minijob, oder auch während der vorlesungsfreien Zeit als Ferienjob.

2. Das BAföG:

BAföG (Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz) sichert Schülerinnen und Schülern bzw. Studierenden die Ausbildung, auch wenn die Familie die Finanzierung nicht stemmen kann. BAföG wird für Studierende zur Hälfte als Vollzuschuss und zur Hälfte als zinsloses Darlehen gezahlt. Die Rückzahlung des zinslosen Darlehens beginnt fünf Jahre nach der Förderungshöchstdauer. Die Höhe des BAföGs hängt von verschiedenen Faktoren ab. Weitere Infos über das BAföG finden Sie auf www.bafög.de.

3. Kredite über die KfW

(Kreditanstalt für Wiederaufbau):

Ein Studienkredit steht neben oder zusätzlich zum BAföG als Ausbildungsfinanzierungsmöglichkeit zur Verfügung. Ein Rechtsanspruch auf dieses Darlehen besteht im Gegensatz zum BAföG nicht. Angeboten werden verschiedene Modelle mit einem Zinssatz zwischen 1,09 % und 3,91 %. Nähere Infos unter https://www.kfw.de/inlandsfoerderung/Privatpersonen/Studieren-Qualifizieren.

4. Stipendien:

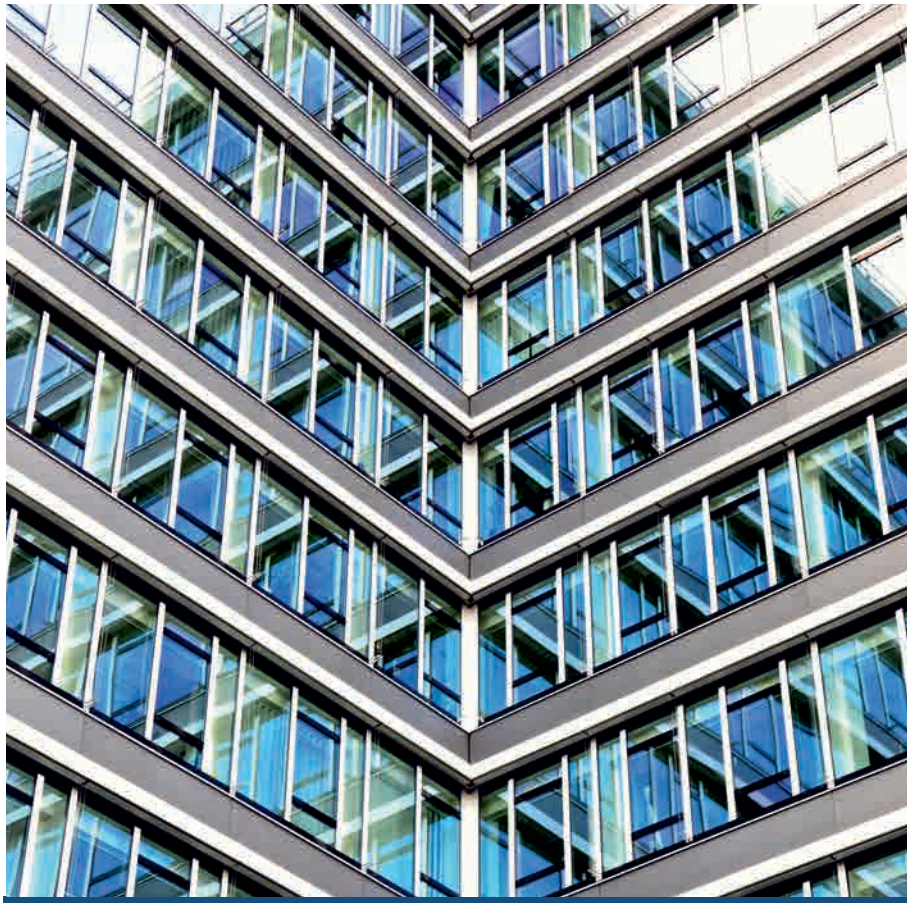
Des Weiteren gibt es sowohl im privaten als auch im öffentlichen Sektor die Möglichkeit, Stipendien in Anspruch zu nehmen. Einen Überblick gibt die Seite www.stipendienlotse.de. Es handelt sich hier um eine Datenbank vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, in der man gezielt nach Stipendien für den eigenen Bedarf suchen kann.

Ausbildung kostet. Es gibt viele Wege sich ein Studium zu finanzieren. Der Staat bietet verschiedene Möglichkeiten der Unterstützung. Welche die richtige ist, muss jeder für sich individuell entscheiden.

Aus eigener Erfahrung kann ich sagen, dass das BAföG alleine oft nicht ausreicht, um den Lebensunterhalt während des Studiums zu sichern. Oft muss man die Förderung mit einem Nebenjob kombinieren. Auch wenn zum Wintersemester 2016/2017 die BAföG-Sätze erhöht werden, bleibt es fraglich, ob Student(inn)en aus einkommensschwachen Familien wirklich frei in der Wahl des Studiengangs und des Studienortes sind.

Am Ende entscheidet doch die aktuelle finanzielle Situation der Familie. Da hilft auch ein „Stellen Sie sich nicht so an, später fahren Sie das Geld doch mit der Schubkarre nach Hause!“ nicht weiter!

■ *Manuela Noll-Hussong, AdJ*
Manuela.Noll-Hussong@web.de



Das Mainzer Bildungsministerium – hier wird die Lehrerbildung konzipiert

„Aller Anfang ist (nicht) schwer!“ (Teil 17)

Kleiner Leitfaden für neu gewählte Personalratsmitglieder

Nachdem die Personalratswahlen ihren Abschluss gefunden haben, gibt es – vor allem für neu gewählte Personalräte – viele Fragen, was so alles auf sie zukommt und wie die künftige Personalratsarbeit funktioniert. Im Folgenden sollen nun in loser Reihenfolge wichtige Begriffe aus dem Landespersonalvertretungsgesetz (LPersVG), das ja die gesetzliche Grundlage bildet, erläutert werden. Die Redaktion würde sich freuen, wenn dies auf Interesse stößt; noch offene Fragen werden gerne nach Möglichkeit beantwortet.

Gut beraten

Formen/Durchführung der Mitbestimmung und Mitwirkung, Verfahren bei einer Personalmaßnahme: Die meisten Personalmaßnahmen werden an den Schulen wirksam, die Entscheidung dazu fällt aber bei der übergeordneten Dienststelle (hier: ADD); deshalb ist die entspr. Stufenvertretung, der Bezirkspersonalrat (BPR), in der Mitbestimmung. Vor einer Beschlussfassung muss die Personalvertretung vor Ort gehört werden. Im Folgenden nun weitere Beispiele aus dem Reigen der Mitbestimmungstatbestände:

Versetzung auf Antrag

Alle Lehrkräfte können eine Versetzung aus persönlichen Gründen beantragen. Wird die Versetzung vollzogen, sind zuvor dienstliche und fürsorgliche Überlegungen abzuwägen, der BPR muss nach der Stellungnahme des ÖPR sich äußern.

Versetzung aus dienstlichen Gründen

An einer Schule – in der Regel mit Überhang – kann sich die Notwendigkeit ergeben, eine Lehrkraft an eine andere Dienststelle zu versetzen. Man geht davon aus, dass es sich um eine dauerhafte und nicht vorübergehende Notwendigkeit handelt. Die vorgesetzte Dienststelle (ADD) weist die Schulleitung an, ebenfalls nach Abwägung aller dienstlichen und sozialen Argumente, eine Person zur Versetzung vorzuschlagen.

Die vorgesehene Maßnahme ist durch die Schulleitung mit dem ÖPR zu erörtern. Keinesfalls sollte der ÖPR selbst Personenvorschläge zur Versetzung unterbreiten. Es ist empfehlenswert, dass die Schule grundsätzlich einen Kriterienkatalog für den Fall einer notwendigen Versetzung oder Abordnung erstellt, bevor ein solcher Fall eintritt. Der Katalog dient als Grundlage der Erörterung zwischen Dienststellenleitung und Personalrat.

Der/die Betroffene selbst besitzt alle Rechte, die sich für ihn aus einem Verwaltungsakt ergeben (Anhörung, Widerspruch, Verwaltungsgericht, Anrufung des ÖPR oder BPR).

Vertretungsvertrag

An allen Schulen des Landes fällt Vertretungsbedarf an, der sich durch Krankheit, Mutterschutz, Erziehungsurlaub, Sanatoriums-Aufenthalte oder sonstige temporäre Ausfälle ergibt. Die Personen, die ausfallen, sind „Vertragsgeber“ für Personen, die einen zeitlich befristeten Vertretungsbedarf bekommen. Vertretungsverträge bedürfen der Schriftform vor Arbeitsaufnahme bzw. Dienstantritt.

Tritt eine Person ihren Dienst ohne vorherige Vertragsunterzeichnung beider Seiten an, hat sie Anspruch auf ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis zum Land Rheinland-Pfalz in Höhe des benannten Stundendeputats. Dieser Fall tritt bereits ein, wenn eine Beschäftigte an einer Konferenz am Ende der Ferien teilnimmt, ohne dass die Vertragsunterzeichnung vorher stattgefunden hat. Auch die „Freiwilligkeit“ der Teilnahme durch die Beschäftigte ändert nichts an diesem Rechtsanspruch.

Im Arbeitsvertrag muss schriftlich geregelt sein: die sachliche Befristung, der sachliche Grund (z. B. im Krankheitsfall der Lehrerin N.N.), die Vergütung, der Arbeitsumfang.

Es bedarf eines neuen bzw. weiteren Vertrages, wenn dieser verlängert wird (Befristung ändert sich), einen anderen Vertragsgeber erhält (sachlicher Grund ändert sich), die Bezahlung (Eingruppierung und Einstufung nach TV-L) oder der Stundenumfang sich ändern.

Alle Arbeitsverträge sind Verträge auf Gegenseitigkeit, d. h. sie bedürfen die Unterschrift des Arbeitgebers (Land Rheinland-Pfalz, vertreten durch die Schulleitung) und des Arbeitnehmers (Lehrkraft). Beide schulden einander die vereinbarten Leistungen (Arbeit im vereinbarten Umfang, Vergütung wie vereinbart). Daher ist es sinnvoll, den Arbeitsvertrag vor der Unterschrift in allen Teilen genau zu prüfen.

Auch die Personalvertretung hat zu prüfen, ob sie dem Vertretungseinsatz überhaupt bzw. in der angedachten Ausgestaltung zustimmt (z. B. Stundenzahl, Befristung, Eingruppierung, Eingruppierung und Einstufung).

Gestellungsvertrag

Im Rahmen des Konkordats bzw. im Rahmen von Verabredungen mit den beiden großen Kirchen ist vorgesehen, den im Stundenplan festgesetzten Religionsunterricht durch kirchliche Mitarbeiter/-innen erteilen zu lassen, wenn der Staat mit eigenen Kräften dies nicht gewährleisten kann. Diese Personen, u. a. Pfarrer/-innen, Katechet(inn)en oder Pastoralassistent(inn)en werden von der Kirche „gestellt“ und erhalten einen Gestellungsvertrag. Die Bezahlung erfolgt durch die Kirchen, für ihre Arbeitsleistung in den Schulen erhalten die Kirchen eine Erstattung.

– Wird fortgesetzt –

Zusammengestellt von Johannes Müller

VBE Verband Bildung und Erziehung Landesverband Rheinland-Pfalz

www.recht-fuer-lehrer.de
Rechtsfälle aus dem Berufsleben

Teilzeit und Mehrarbeit

Frage:
Ich bin 58 Jahre alt und verbeamtete Grundschullehrerin mit einem wöchentlichen Deputat von 15 Stunden. Meine Schulleitung plant mich wie meine Kolleginnen und Kollegen in Vollzeit für 4 Pausenaufsichten in der Woche ein. Außerdem wurde mir eröffnet, dass ich ab dem kommenden Schuljahr als Klassenleiterin eingesetzt werden soll (gemeinsam mit einer Kollegin) und daher mein freier Tag wegfallen wird. Muss ich dies hinnehmen?

Antwort:
Von einer Teilzeitkraft die gleichen Pausenaufsichten zu fordern wie von Vollzeitkräften ist nicht korrekt. Geregelt ist dies in der VV „Unterrichtlicher Einsatz der Teilzeitarbeitskräfte“. Zwar ist Aufsichtsführung grundsätzlich Bestandteil der außerunterrichtlichen Unterrichtsverpflichtung, allerdings hat die Schulleitung dabei „das Maß der Unterrichtsverpflichtung“ zu beachten. In Ziffer 3.2. heißt es: „An allen aufteilbaren Aufgaben, die im Bereich der Schule vom Kollegium erfüllt werden müssen, ist die Teilzeitkraft anteilig entsprechend ihrer eingeschränkten Unterrichtsverpflichtung zu beteiligten. Hier sind insbesondere die Aufsichten und Vertretungen zu nennen.“

Hinsichtlich der Übernahme einer Klassenleitung ist auf Ziffer 3.1. zu verweisen, wonach dies möglich ist. Allerdings stellt Ziffer 3.5 klar, dass bei der „Verteilung von Unterrichtsstunden auf die Arbeitstage [...] die Bedürfnisse der Teilzeitlehrkraft besonders berücksichtigt werden“ sollen, „unterrichtsfreie Tage sollen ermöglicht werden“.

Im Übrigen ist darauf hinzuweisen, dass nach der VV „Mehrarbeit für Lehrkräfte ab dem 55. Lebensjahr“ Mehrarbeit nur in begründeten Ausnahmefällen angeordnet werden darf.

Beamtin auf Probe und Schwangerschaft

Frage:
Ich bin seit August 2012 Beamtin auf Probe an einer Realschule Plus und habe dieses Schuljahr wegen eines Beschäftigungsverbotes meine Verbeamtung auf Lebenszeit „verpasst“. Nun plane ich, nach der Geburt meines Kindes zwei Jahre Elternzeit in Anspruch zu nehmen. Kann

Kostenfrei für VBE-Mitglieder
Alles, was Recht ist ...

... das VBE-Rechtsberatungsangebot:
direkt, kompetent, umfassend!
Der VBE Rheinland-Pfalz bietet seinen Mitgliedern ein umfassendes Berufs- und Rechtsberatungsangebot. Schwerpunkte sind u. a.:

- Verwaltungs- und Dienstrecht
- Beamten- und Tarifrecht
- Schul- und Personalvertretungsrecht
- Beihilferecht / Altersteilzeit / Pensionsberechnung

Der schnellste Weg zur VBE-Rechtsberatung führt
über die spezielle VBE-Website
www.recht-fuer-lehrer.de
per E-Mail an recht@vbe-rp.de
oder telefonisch über die VBE-Landesgeschäftsstelle (0 61 31 / 61 64 22).

Telefonberatungszeiten:
Montag, 14:30–16:30 Uhr
Mittwoch, 11:00–12:30 Uhr
Donnerstag, 14:30–16:30 Uhr
Telefon 0 61 31 / 61 64 22

Mehr Infos unter

Rechtsfrage des Monats

Für meine Einkommensteuer 2014 verlangt das Finanzamt erstmals eine Bescheinigung des Arbeitgebers über die Anzahl der Arbeitstage. Was soll ich tun?

A) Füllen Sie das entsprechende Formular aus, welches bei jedem Finanzamt erhältlich ist. Dann wird die Berücksichtigung erfolgen.

B) Das ist reine Schikane und ein Versuch, Steuererstattungen zu vermeiden, indem Ihre Angaben zur Pendlerpauschale ignoriert werden. Legen Sie gegen den Steuerbescheid Einspruch ein.

C) Dokumentieren Sie Ihre Arbeitstage selbst, um entsprechende Tätigkeiten nachweisen zu können. Dies hilft möglicherweise nicht mehr bei der jetzigen Anfrage, aber für die Zukunft.

Die Antwort finden Sie auf Seite 22.

ich danach immer noch als Beamter auf Lebenszeit ernannt werden oder habe ich Nachteile zu befürchten? Könnten andere Nachteile durch die Elternpause entstehen?

Antwort:
Die Regelungen zur Probezeit finden sich im § 20 LBG. Danach beträgt die Probezeit im Regelfall 3 Jahre. Die Probezeit muss mindestens ein Jahr betragen.

Entscheidend ist die Beurteilung der Schulleiterin /des Schulleiters. Sie/Er muss abschließend die Feststellung treffen, dass Sie sich in der Probezeit bewährt haben. Aufgrund Ihrer bisherigen Dienstzeit wäre eine Lebenszeitverbeamtung bereits möglich gewesen.

Nachteile aus dem Beschäftigungsverbot während der Schwangerschaft bzw. einer anschließenden Elternzeit können Ihnen nicht entstehen. Der Zeitpunkt der Lebenszeitverbeamtung kann sich allerdings nach hinten verlagern, wenn bis zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht endgültig die Bewährung in der Probezeit ausgesprochen werden kann.

■ *Zusammengestellt von RA Dominik Hoffmann*

Rechtsprechung in RLP:
Kein Ausschluss von Beförderungsverfahren nach Geldbuße im Disziplinarverfahren

Ein Beamter, gegen den im Disziplinarverfahren eine Geldbuße verhängt worden ist, darf nicht von vornherein von Beförderungsverfahren ausgeschlossen werden. Dies entschied das Verwaltungsgericht Mainz in einem Eilverfahren (4 L 98/15) am 25.03.2015.

Ein Polizeioberkommissar hat sich für eine Beförderung zum Polizeihauptkommissar beworben. Der Dienstherr erklärte ihm gegenüber, dass seine Teilnahme am Beförderungsverfahren wegen einer gegen ihn im Disziplinarverfahren verhängten Geldbuße in Höhe von 375,– € nicht in Betracht komme. Die Disziplinarmaßnahme unterliege einer Tilgungsfrist von drei Jahren, während der er von Beförderungen ausgenommen sei. Der Polizeibeamte machte gerichtlich seine vorläufige Einbeziehung in das anstehende Beförderungsverfahren geltend. Das Verwaltungsgericht gab dem Eilantrag statt.

Es bestehe kein gesetzliches Beförderungsverbot bei einer nach dem Disziplinargesetz des Landes verhängten Geldbuße. Deshalb sei es unzulässig, den Antragsteller von vornherein von einem Beförderungsverfahren auszuschließen. Erst bei der in diesem Rahmen zu treffenden Auswahlentscheidung dürfe die noch nicht getilgte Geldbuße Berücksichtigung finden. Die Disziplinarmaßnahme könne dabei allerdings im Einzelfall ein solches Gewicht erlangen, dass das Beförderungsbegehren am Ende erfolglos bleibe.

Das Urteil aus dem Bereich des Polizeidienstes kann durchaus auch im Schulkontext relevant werden, wenn eine Beförderung ohne eine Funktionsstellenbewerbung begehrt wird.

■ *dh*

Antwort zur Rechtsfrage des Monats:

Richtig ist Antwort C:

Finanzämter gehen bei Lehrkräften davon aus, dass insbesondere Ferientage in Abzug zu bringen sind, sodass eine deutlich niedrigere Zahl an Arbeitstagen anerkannt wird. Deshalb ist es ratsam, sich Aufzeichnungen darüber zu machen, an wie vielen Tagen Sie in den Ferien oder am Wochenende zur Schule gefahren sind. So wurden bei einem Lehrer am Gymnasium nur 192 Fahrten anerkannt, weil er keine Aufstellung über die zusätzlichen Fahrten vorlegte (vgl. FG Sachsen-Anhalt vom 17.12.2002, 4 K 483/01).

Ein entsprechendes Formular der Finanzämter oder des Dienstherrn existiert leider nicht. Sofern Sie Ihre Aufzeichnungen jedoch tatsächlich auf die Ferienzeiten beschränken, ist der Aufwand hierfür hinnehmbar.

Zu beachten ist auch bei teilzeitbeschäftigten Lehrkräften, dass seitens des Finanzamtes häufig davon ausgegangen wird, dass eine Teilzeit von 50 % auch nur 50 % der Arbeitstage zur Folge hat. Dies ist jedoch nicht zwingend so. Auch Teilzeitkräfte können jeden Tag halbtags an der Schule sein.

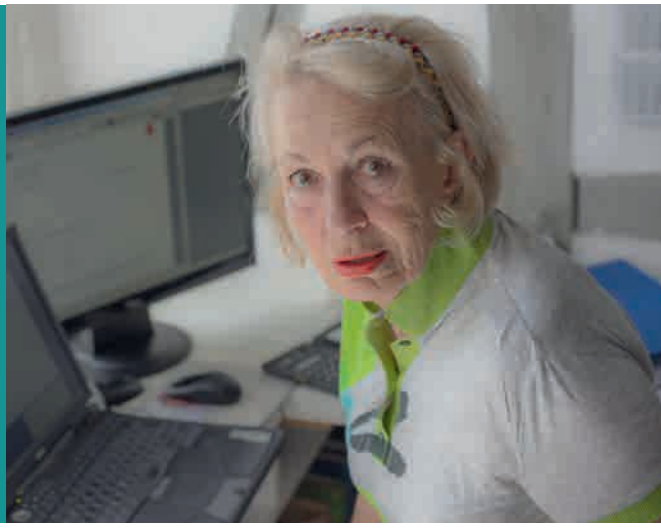
■ *dh*

IN MEMORIAM

Wir werden unserem verstorbenen Mitglied ein ehrendes Andenken bewahren.

Angelika Bügel
Lehrerin a. D.
Am Heiligenhäuschen 74
67657 Kaiserslautern
geb. 20.07.30
† 08.03.15

Silver Tipps!
SICHER ONLINE!



Das Portal für die Generation Silver Surfer

Mehr Klarheit im Umgang mit Internet, Smartphone und Co.

Wie erstellen Sie ein sicheres Passwort? Was sollten Sie beim Online-Banking beachten? Oder welche Gesundheitstipps aus dem Internet sind sinnvoll? Auf diese und viele weitere Fragen gibt Ihnen das Serviceportal „Silver Tipps – sicher online!“ fundiert, verständlich und werbefrei Antworten. Ältere Onliner und Onlinerinnen erhalten hier von Experten oder Wissenschaftlern konkrete Informationen, Anregungen und Tipps, die den täglichen Umgang mit Internet, Smartphone und Co. sicher machen und Berührungsängste abbauen.

Monatlich steht ein Thema multimedial im Fokus. Neben Online-Artikeln, Podcasts, Videos befinden sich auch Quiz oder Linklisten auf der Website. Bei allen Themen liegt der inhaltliche Schwerpunkt beim Verbraucher- und Datenschutz.

„Silver Tipps – sicher online!“ ist ein Projekt der Initiative Medienintelligenz der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz und der Stiftung MedienKompetenz Forum Südwest (MKFS), das gemeinsam mit den Partnern SWR, den Landesmedienanstalten Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, den Verbraucherzentralen Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg, den Datenschutzbeauftragten beider Bundesländer, dem MedienKompetenzNetzwerk Mainz-Rheinhessen, dem Bürgersender OK:TV Mainz und dem Verband der Volkshochschulen Rheinland-Pfalz realisiert wird.

■ *Quelle: www.silver-tipps.de*
Ein Projekt der JGU und der MKFS

Univ.-Prof. Dr. Georg Krausch, Präsident der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz

„Die rasanten technischen Entwicklungen im Medienbereich machen vor niemandem halt. Während junge Menschen mit den neuesten medialen Errungenschaften aufwachsen, müssen die älteren diese Kompetenzen erwerben und oft auch Berührungsängste abbauen. Das Serviceportal Silver Tipps schließt hier eine Lücke, indem es gerade Seniorinnen und Senioren zu einem selbstbewussten und sicheren Umgang mit den digitalen Medien verhilft. Ich freue mich sehr, dass unsere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit ihrer Expertise zu diesem Angebot beitragen und älteren Menschen mit Anregungen und Tipps die Teilhabe an der digitalisierten Lebenswelt ermöglichen.“

Jetzt bequem wechseln

und 100,– € Sommer-Bonus kassieren.

Das Konto speziell für den öffentlichen Dienst.

Bundesweit für Sie da: Mit Direktbank und wachsendem Filialnetz.

© fabioberti.it - fotolia.com

Das kostenfreie Bezügekonto* mit 100,– € Sommer-Bonus – nur bis zum 31.07.2015

Profitieren Sie jetzt von einem Wechsel:

- ✔ Exklusiv für Mitglieder des VBE und ihre Angehörigen
- ✔ Kostenfreie Kontoführung inkl. BankCard
- ✔ Kostenfreier Konto-Umzugsservice

* Voraussetzung: Bezügekonto; Genossenschaftsanteil von 15,- €/Mitglied. Bonus gilt nur für Neumitglieder; nicht mit anderen Prämien kombinierbar.

BB Bank
Die Bank für Beamte und den öffentlichen Dienst

dbb vorsorgewerk
günstig • fair • nah

Weitere Infos unter www.dbb-vorsorgewerk.de/bezuegekonto oder 030 / 4081 6444.

Amazon Echo

In den USA kann Amazons „Echo“ bereits für 200 Dollar bestellt werden. Es ist ein kleiner Computer, bestückt mit 7 Mikrofonen und einem 360°-Lautsprecher. In einem Gespräch fragen Sie „Wie wird morgen das Wetter?“ Schon antwortet Echo! Sie hören einen Song, Echo kennt den Interpreten. Sie wollen eine Einkaufsliste erstellen, diktieren, und schon ist sie in Ihrem Smartphone. Echo verbindet sich über WLAN mit dem Internet, filtert aus Gesprächen Fragen und Befehle und reagiert entsprechend. Dabei sitzt die „Intelligenz“ von Echo in der Amazon Cloud. Ist Echo eingeschaltet, wird alles, was über die Mikrofone eingeht, an die Cloud übermittelt – Mithörer können nicht ausgeschlossen werden!

Authentifizierung

Anmeldungen auf Internetseiten sollen sicherer werden! Natürlich gibt es bereits das einmalige Passwort per SMS (z. B. PayPal) oder die Google-Authentificator-App für das Smartphone. Google geht nun einen Schritt weiter und stellt einen „USB-Token“ vor, der die Sicherheit nochmals erhöhen soll. Der Token ist ein USB-Stick, der auch als „elektronischer Schlüssel“ bezeichnet wird. Ist der Token mit dem eigenen Konto verknüpft, muss er an einem Rechner mindestens einmal aktiviert werden. Nur so ist an diesem Rechner der Zugang möglich. Ohne Token kein Zugang, so ist ein fremder Zugriff fast unmöglich. Mittelfristig werden solche Sicherheitsmaßnahmen zum Standard und somit das Internet sicherer.

Adapter und Kabel

Sie haben einen neuen Fernseher im Media-Markt oder bei Saturn gekauft und benötigen noch ein HDMI-Kabel? Sie benötigen noch einen Adapter für den neuen Rechner? Solche „Mitnahmeartikel“ bieten alle Technikmärkte an. Der Vorteil ist, dass nicht auf eine Lieferung gewartet werden muss. Dieser Vorteil wird aber durch einen viel höheren Preis bezahlt! So kostet z. B. das günstigste Hama HDMI-Kabel mit einer Länge von 1,80 m im Media Markt 17,99 €, bei Amazon ist das gleiche Kabel für 1,98 € (plus 2 € Versand) im Angebot.

Sengled Boost

In Ihrem Haus haben Sie nicht überall WLAN? Eine freie Steckdose fehlt? Dann können Sie die neue LED-Birne von Sengled nutzen. Sie vereint Licht und Repeater. Natürlich können Sie mit mehreren Birnen einen sehr großen Bereich abdecken. Daneben bietet Sengled auch Birnen mit integrierten Lautsprechern oder mit IP-Kamera. Die Boost-Birne kostet etwa 50 Euro.

www.sengled.com

Mehrwertsteuer und Euro

Apps und E-Books für Smartphones und Tablets werden teurer! Seit dem 1. Januar 2015 müssen Anbieter die Steuer abführen, die im Land des Käufers gilt. Bisher war z. B. der Apple-Shop in Luxemburg beheimatet, wo auf E-Books nur 3 % Steuern erhoben werden. Zudem sorgt der schwache Euro für höhere Preise. Aus diesen Gründen hat Apple die Preise zum Jahresbeginn um ca. 10 % erhöht, weitere Erhöhungen sind nicht ausgeschlossen!

Huawei Honor 6

Huawei ist weltweit der viertgrößte Hersteller von Smartphones. Nach dem „Ascend Mate 7“ greift er nun auch mit dem neuen „Honor 6“ mit aufwendiger Technik und günstigem Preis Samsung an. Mit einem 5-Zoll-Display, einem Achtkern-Prozessor, LTE und 16-GB-Speicher liegt es technisch auf Höhe des Galaxy S5, kostet aber unter 300 Euro! Das Modell mit 32-GB-Speicher und der Möglichkeit 2 SIM-Karten einzulegen kostet etwa 400 Euro, ist aber momentan nur bei wenigen Händlern erhältlich.

www.huawei.de

Kabel-Rückruf

Nach Toshiba und Hewlett-Packard ruft nun auch Lenovo Netzteilkabel zurück. Die Kabel vom Netzteil zur Steckdose kommen vom selben Hersteller und tragen am dreipoligen Stecker die Aufschrift LS-15. Diese Kabel können überhitzen und im Extremfall Feuer fangen. Auf den Seiten der Notebookhersteller können Sie prüfen, ob Ihr Gerät betroffen ist. Dort gibt es auch Hinweise zum kostenlosen Austausch des Kabels.

Umschalttastatur

Eine Tastatur für den PC, das Smartphone und das Tablet? Mit der „Logitech Multi-Device K480“ kein Problem. Über einen Schalter an der Tastatur lassen sich 3 Geräte anwählen. Die Verbindung erfolgt über Bluetooth. Teurer als die Logitech-Tastatur ist das „Universal Mobile Keyboard“ von Microsoft, die ebenfalls 3 Geräte unterstützt. Beide Tastaturen sind klein und gut zu transportieren, besitzen dafür allerdings, wie viele kleine Notebooks, keinen Zahlenblock. Die Tastatur von Logitech kostet etwa 45 Euro, die von Microsoft etwa 60 Euro.

Multi-Anhänger

Sie wissen nicht, wo Ihr Schlüsselbund liegt? Der Anhänger meldet sich über eine App auf Ihrem Smartphone. Sie lassen Ihr Smartphone im Restaurant liegen? Der Anhänger meldet sich, wenn Sie sich entfernen. Außerdem können Sie über den Anhänger die Kameras des Smartphones auslösen. „Selfies“ sind mit „mySelfie“ von Hauppauge kein Problem mehr! Den Anhänger gibt es im Versandhandel für etwa 25 €.

www.hauppauge.de

Cardboard

Sie hätten gerne eine VR-Brille? Sehr preiswert ist die neue Cardboard-Brille. Sie wird selbst gebastelt! Benötigt werden Pappe, zwei Plastiklinsen, ein Klebestreifen und ein Magnet. Die Bastelanleitung gibt es im Internet. In die Brille wird das Smartphone eingesteckt (Android ab 4.1). Mit der kostenlosen App kann dann z. B. die Erde mit Google Earth erkundet oder ein Museum besichtigt werden.

www.google.com/get/cardboard/

Mini-PC

Kleiner geht es kaum! Orbsmart bietet mit dem AW-01 einen PC in Stick-Größe an. So kann aus jedem Fernseher mit HDMI-Eingang ein All-in-one-PC gemacht werden. Auf dem Stick sind sogar zwei Betriebssysteme enthalten,

VORSCHAU

In der nächsten Ausgabe lesen Sie u. a.:

- **Windows-Updates**
- **Repeater**
- **Passwörter**

Rückmeldungen erwünscht!
Schicken Sie Anregungen, Wünsche oder Anmerkungen an den Autor:
N.Ristic@gmx.de

Windows 8.1 und Android 4.4. Die eingesetzte Hardware entspricht der eines guten Tablets. So ist z. B. der Intel-Atom-Prozessor auch im Asus Vivo Tab oder im Acer Iconia verbaut. WLAN und Bluetooth sind natürlich vorhanden, Geräte können aber auch über USB angeschlossen werden. Mit einer SD-Karte kann der interne 32-GByte-Speicher erweitert werden. Der PC-Stick kostet beim Hersteller 139,90 Euro.
www.orbsmart.de

App-Tipp: Erste Hilfe

Diese Apps ersetzen zwar keinen Erste-Hilfe-Kurs, können aber Wissen auffrischen und im Notfall Hinweise geben. Gute Apps gibt es von den Maltesern (kostenlos) und vom Deutschen Roten Kreuz (unter 1 €).

Internet

64 GB Stick nur 14,99 €! Im Laden heißt es dann, er sei leider schon ausverkauft! Sonderangebote müssen üblicherweise zwei Tage erhältlich sein. Hier können Sie Geschäfte melden, die sich daran nicht halten und sich über Ihre Rechte informieren.
www.vz-nrw.de/stopp-den-lockvogel

Ihre Straße wird in Google Maps falsch dargestellt? Hier können Sie selbst Fehler berichtigen. Nötig ist dazu ein Google-Konto, z. B. das Konto Ihres Android-Smartphones.
www.google.de/mapmaker

Sie wollen eine gebrauchte Kamera kaufen? Hier können Sie auslesen lassen, wie viele Bilder bereits mit dieser Kamera gemacht wurden. Dazu muss ein Bild hochgeladen werden, das Motiv ist unerheblich. So reicht z. B. ein unscharfes Testbild aus.
www.robo47.net/tools.

Können Sie schnell tippen? Hier können Sie es testen. Dazu muss ein Text abgetippt werden. Die Sprache lässt sich auf Deutsch umstellen. Auch für Schüler interessant. Ein Test dauert nur 60 Sekunden.
http://10fastfingers.com

Filme kostenlos und legal am PC oder Smartphone ansehen? Viele Angebote sind illegal. So flatterten vielen Nutzern von Kino.to und Movie2k.to in den letzten Monaten Abmahnungen ins Haus. Nicht so bei Netzkino. Hier wird das Angebot durch Werbung finanziert. Zwar gibt es keine „Blockbuster“, das Angebot ist dennoch sehenswert, teilweise sogar in HD-Qualität!
www.netzkino.de

Tipps und Tricks

Keylogger

Sie wollen am Hotel-PC schnell Ihre Mails checken? Oder gar Ihren Kontostand abrufen? Sie können nie sicher sein, ob ein Keylogger aktiv ist, der Tasteneingaben abfängt. Wenn die Eingabe von Passwörtern wirklich nötig ist, sollten Sie die Bildschirmtastatur verwenden, die einen etwas höheren Schutz bietet. Sie starten die Tastatur mit win+r und osk.exe oder unter Programme / Zubehör / Erleichterte Bedienung (Windows 7) bzw. Programme / Erleichterte Bedienung (Windows 8).

Blue-Ray-Player

Sie besitzen ein Blue-Ray-Laufwerk für den Computer? Bei den teuren Modellen sind meist Programme dabei, mit denen Sie Filme abspielen können. Die günstigen Geräte kommen häufig „nackt“. Dann benötigen Sie ein Programm, das Blue-Rays abspielt. Bisher war die Suche meist vergeblich. Neu ist der AunPlayer, den es bisher aber nur als Beta-Version gibt, die gelegentlich noch leichte Probleme bereitet.
www.aunplayer.com

Biosschutz

Ihr Rechner ist sicher, weil Sie Windows nur über ein Passwort starten können? Ohne Biosschutz können Ihre Daten trotzdem ausgelesen werden! Es geht schnell: Beim Start Aufruf des Bios, dann USB als erstes Startgerät gewählt. Nun kann z. B. Linux von einem Stick gestartet werden und die Festplatte ist ein offenes Buch! Sie können aber auch das Bios durch ein Kennwort schützen! Ins Bios kommen Sie bei vielen PCs mit der Entf-Taste, manchmal auch mit einer der F-Tasten. Beim Start wird die Taste meist kurz angezeigt. Diese Taste müssen Sie dann schnell drücken. Meist finden Sie die Passworteingabe unter „Security“.

Seriennummern

Bei Komplettsystemen fehlen häufig die Seriennummer von Windows und anderen installierten Programmen. Mit „LicenseCrawler“ können Sie alle Nummern auslesen. Das Programm ist kostenlos und muss nicht installiert werden, es läuft also z. B. auch von einem Stick. Über Daten/Speichern kann das Ergebnis in einer Textdatei gespeichert werden. Download z. B. bei
www.heise.de

Programme deinstallieren

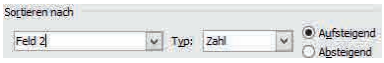
Auf vielen Rechnern finden sich nach längerer Zeit viele Programme. Welche davon können deinstalliert werden? Systemprogramme sollte man nicht deinstallieren. Eine gute Entscheidungshilfe bietet das kostenlose Programm „Should I Remove It“. Leider muss es selbst installiert werden, es lässt sich aber problemlos wieder entfernen und startet keine Hintergrundprozesse.
www.shouldiremoveit.com

Download-Manager

Viele Download-Portale bieten den Download über einen „Manager“ an. Er regelt die Installation und den eigentlichen Download des Programms. Nachteilig ist, dass solche Manager fast immer auch Zusatzprogramme anbieten! Deshalb sollten Sie die meist auch vorhandene Möglichkeit des „direkten Downloads“ wählen.

Mit Word sortieren

Mit Word können Sie fast so gut wie mit Excel sortieren. Sie können über das Sortier-Icon auch Felder festlegen. Dazu müssen Sie nur in den Optionen das Feldtrennzeichen (z. B. -) und als Kriterium die Feldnummer eingeben.



Dann wird z. B. so sortiert:

Meier - 23 Schulz - 08 Müller - 12	ergibt	Schulz - 08 Müller - 12 Meier - 23

Kreisverband Ludwigshafen-Frankenthal:

Reisebericht: Äthiopien – wild und geheimnisvoll

Am 18. März trafen wir uns im Heinrich-Pesch-Haus zur Diashow über Äthiopien. Herr und Frau Endres brachten uns über Bilder und ihren Vortrag Menschen und ihre Kultur näher.

Der größte Teil Äthiopiens liegt im Hochland von Abessinien mit der Hauptstadt Addis Abeba. Durch die Mitte des Landes zieht sich der Große Afrikanische Grabenbruch, ein fruchtbares Land. Man sieht es an der Vegetation. Hier gibt es viele kleine vulkanische Seen, der größte ist der Tanasee. Aus ihm entsteht der Nil.

Äthiopien bezeichnet man als Wiege der Menschheit. Es werden hier etwa 80 Sprachen gesprochen. Nicht alle Volksstämme können sich sprachlich untereinander verständigen. Die äthiopisch-orthodoxen Christen bilden die wichtigste Gruppe, dann gibt es sunnitische Muslime. Kleine Minderheiten sind die Naturreligionen, Katholiken und Juden.

Addis Abeba ist amharisch und bedeutet neue Blume. Hier ist der Sitz der UN-Wirtschaftskommission für Afrika und auch das Hauptquartier der Afrikanischen Union. Bekannt ist die Universität, deren Gebäude Kaiser Haile Selassie I. als Palast diente. Hier befindet sich auch das Ethnologische Museum.

Wir sahen mehrere interessante Kirchen. Beeindruckend war die Felsenkirche von Bet Gyiorgis in Lalibela mit ihren sehr bunten religiösen Bildern. Interessant ist die Georgskathedrale in ihrer achteckigen Form. Die Dreifaltigkeitskathedrale wurde nach europäischem Entwurf gebaut. In ihrer Krypta befindet sich die Gruft des Kaisers Haile Selassie I.

Die Straßen in Äthiopien sind richtige und wichtige Lebensadern. Hier sind bunte, lebendige Märkte. Die Menschen bieten u. a. Textilien, verschiedene Getreidesorten und lebende Tiere an.

Bekannt ist die Kaffeezeremonie. Äthiopischer Kaffee ist auch bei uns beliebt.

Hunderttausende Menschen müssen ihr Wasser von Verteilerstellen holen und haben in einigen hundert Metern Entfernung eine öffentliche Latrine. Ein Problem ist hier das saubere Trinkwasser.

Wir sahen Bilder aus einer Mursi-Siedlung, aus unserer Sicht eine extreme Welt. Auffallend waren die Frauen mit ihren Tellerlippen.

Felsenkirche

Für uns alle war es ein Einblick in ein völlig anderes Leben der Menschen, eine andere Kultur. Wir bedanken uns bei Heide und Helmut Endres.

■ *Marika Klausmann*

Kreisverband-Bitburg-Prüm

Cajóns im Musikunterricht

Gut angenommen wurde die neuerliche Musik-Fortbildung des VBE-Kreisverbandes Bitburg-Prüm, die am 16. März in Speicher stattfand.

Rund 20 Teilnehmer wurden praktisch zum Thema „Cajón-Workshop für Anfänger – Cajóns im Musikunterricht der Grundschule einsetzen“ geschult. Der Referent und Musikpädagoge Herr Claas Eßer gab den Teilnehmern in dem kurzweiligen knapp 3-stündigen Seminar Einblicke in die Herkunft der Cajóns sowie den Aufbau und die Qualität des Musikinstruments im Hinblick auf eine Kaufberatung.

Ein Cajón ist eine Kistentrommel, ein aus Peru stammendes perkussives Musikinstrument. Es hat einen trommelähnlichen Klang und wird mit den Händen, vereinzelt mit Besen, gespielt.

Im zweiten Teil durften die Teilnehmer sich in den Grundschlagtechniken einzeln und in der Gruppe ausprobieren, um als Steigerung Rhythmen in einem Sprachensystem und als Noten auszuprobieren.

Umrahmt wurde das Programm von einem mehrseitigen, aufwendigen Handout, dass die Teilnehmer als Zugabe mit nach Hause nehmen und am nächsten Tag direkt im Musikunterricht einsetzten konnten. Ein besonderer Dank gilt Martina Steffen, die die Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung übernommen hatte und die Teilnehmer mit selbstgebackenem Kuchen verwöhnte.

■ *Stephan Schilling*

Cajóns in Aktion

Wir gratulieren unseren Geburtstagskindern im Juni 2015

zur Vollendung des 70. Lebensjahres:
am 10.06. Gerhard Reitnauer, Drosselstr. 4, 55487 Sohren
am 27.06. Hans-Peter Brohm, Im Vogelgesang 77, 67346 Speyer

zur Vollendung des 71. Lebensjahres:
am 16.06. Eugen Schwaderlapp, Auf dem Acker 7, 56379 Winden
am 28.06. Heinz-Georg Valerius, An der Kastilport 1, 54295 Trier

zur Vollendung des 72. Lebensjahres:
am 05.06. Rosi Kalampokis, Burg Seinsfeld, 54655 Seinsfeld
am 10.06. Monika Eschli, Weimarer Str. 66, 67071 Ludwigshafen
am 11.06. Roland Kraus, Mozartstr. 24, 67459 Böhl-Iggelheim
am 13.06. Antonie Savelsberg, Römerstr. 17, 56727 Mayen
am 13.06. Marlene Heuser, Am Trimmelter Hof 17, 54296 Trier
am 17.06. Peter Heuser, Am Trimmelter Hof 17, 54296 Trier
am 19.06. Helga Sachse-Höfle, Am Hechenberg 29 a, 55129 Mainz
am 20.06. Josef Krämer, Pirmasenser Str. 30, 66919 Obernheim-Kirchenarnbach
am 20.06. Eduard Pelzer, Auf Omesen 36, 54666 Irrel
am 22.06. Dieter Ohmer, Ruhhecke 16, 67346 Speyer
am 28.06. Elisabeth Dauscher, Riedstr. 3, 55234 Erbes-Büdesheim

zur Vollendung des 73. Lebensjahres:
am 07.06. Bruno Gorges, Lindenstr. 10, 54597 Steffeln
am 10.06. Manfred Hilgers, Prümer Str. 2, 54634 Bitburg
am 12.06. Waltraud Grunwald, Albert-Schweitzer-Str. 12, 53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler
am 16.06. Rainer Jacobs, Schobrigsweg 33, 56567 Neuwied
am 22.06. Hans Werner Ritt, Ringstr. 30, 56290 Sevenich
am 24.06. Hans-Peter Litzinger, Prof.-Dillinger-Weg 2, 67098 Bad Dürkheim

zur Vollendung des 74. Lebensjahres:
am 02.06. Manfred Linster, Zu den Mühlen 68, 66706 Besch
am 03.06. Guido Maier, Fliederweg 7, 67354 Römerberg
am 09.06. Alfons Büdinger, Unter der Hardt 16, 54439 Saarburg
am 10.06. Günter Philipps, Heinrich-Lübke-Str. 76, 54296 Trier
am 12.06. Margit Zens-Barlet, Am Schönberg 4, 54484 Maring-Noviand
am 15.06. Marlies Lorenz, Auf der Träf 23, 54316 Lampaden
am 22.06. Egon Reuter, Mozartstr. 8, 56593 Horhausen
am 22.06. Gisela Neunert, Kiefernweg 5 b, 55130 Mainz
am 25.06. Gerhard Albert, Hinter dem Heyer 24, 67307 Göllheim

zur Vollendung des 75. Lebensjahres:
am 05.06. Marga Kindel, Kölner Str. 3, 56410 Montabaur-Horressen
am 07.06. Annemarie Gurkau, Drachenfelsstr. 47, 53604 Bad Honnef
am 14.06. Christel Bodensteiner, Leinsweilerstr. 52, 76831 Ilbesheim
am 14.06. Walter Häser, Rosenbergstr. 32, 54550 Daun
am 15.06. Manfred Koschig, Oberbornweg, 55430 Oberwesel/Dellhofen
am 19.06. Resel Kemmler, In der Laubendöll 1, 76848 Lug
am 21.06. Erhard Gärtner, Alte Bahnhofstr. 7, 54343 Föhren
am 30.06. Jutta Klausfelder, Hermann-Löns-Str. 9, 55126 Mainz

zur Vollendung des 76. Lebensjahres:
am 03.06. Heribert Immetsberger, Schloßbergstr. 13, 67731 Otterbach
am 11.06. Bernhard Kessler, Salierstr. 15, 67373 Dudenhofen
am 23.06. Werner Busch, Goethestr. 10, 55491 Büchenbeuren
am 29.06. Ingrid Aulenbacher, Kolpingstr. 38, 56751 Polch
am 30.06. Karl-Heinz Knobloch, Hanfstücker 11, 54317 Lorscheid
am 30.06. Heinz Kuss, Meckenheimer Str. 43, 67127 Rödersheim-Gronau

zur Vollendung des 77. Lebensjahres:
am 07.06. Hildegard Dümmer, Am Geißberg 4, 54576 Hillesheim
am 10.06. Dieter Kern, Im Kirchenstück 10, 67551 Worms

zur Vollendung des 78. Lebensjahres:
am 08.06. Marlene Joksch, Adenauerstr. 20, 54578 Kerpen
am 10.06. Susanne Vornehm, Obertorplatz 2, 76829 Landau
am 14.06. Mechthild Pohl, Am Köpfel 19, 66996 Schönau
am 23.06. Johann Reiter, Wiesplätzchen 7, 54427 Kell

zur Vollendung des 80. Lebensjahres:
am 08.06. Christian Oberweis, Kelterdell 32, 54668 Echternacherbrück
am 23.06. Änne Justen, Unter der Hardt 15, 54439 Saarburg

zur Vollendung des 81. Lebensjahres:
am 09.06. Herbert Daub, Pelzerweg 15, 56077 Koblenz

zur Vollendung des 82. Lebensjahres:
am 04.06. Margarete Gräff, Rüdesheimer Str. 55 a, 55545 Bad Kreuznach
am 04.06. Alfred Johann Iwanowitsch, Weinolsheimer Str. 12, 55278 Ülversheim
am 05.06. Georg Diederich, Alb.-Schweitzer-Str. 37, 56727 Mayen
am 15.06. Heinrich Metz, Godramsteiner Str. 26, 76829 Landau

zur Vollendung des 83. Lebensjahres:
am 03.06. Ursula Schmitz, Alter Weg 1, 56766 Ulmen
am 09.06. Hertha Kraemer, Koblenzer Str. 19 a, 54516 Wittlich
am 30.06. Jakob Mayer, Kapellenweg 2, 55411 Bingen

zur Vollendung des 85. Lebensjahres:
am 02.06. Arthur Metternich, Am Hartenberg 2, 56414 Niederahr
am 13.06. Gerhard Schreiner, Saarbrücker Str. 6, 66693 Mettlach

zur Vollendung des 86. Lebensjahres:
am 06.06. Helmut Herrmann, Im Goldenen Stück 3, 56154 Boppard
am 28.06. Bernhard Sprauer, Philipp-Rothhaar-Str. 15, 67714 Waldfischbach-Burgalben

zur Vollendung des 87. Lebensjahres:
am 03.06. Hanne Schwinning, Nr. 14, 54534 Musweiler
am 22.06. Walburga Holsowski, Friedhofstr. 32, 56271 Kleinmaischeid

zur Vollendung des 89. Lebensjahres:
am 13.06. Erika Rittmeyer, Maifeldstr. 25, 56727 Mayen
am 26.06. Kurt Baumann, Friedrichstr. 48, 67433 Neustadt

zur Vollendung des 90. Lebensjahres:
am 29.06. Gertrud Mayer, Roesingerstr. 23, 66482 Zweibrücken

zur Vollendung des 91. Lebensjahres:
am 03.06. Mathilde Deutsch, Bachovenstr. 20, 53489 Sinzig
am 10.06. Helene Metz, Godramsteiner Str. 51, 76829 Landau
am 12.06. Rita Hofmann, Theodor-Heuss-Str. 18, 67346 Speyer

zur Vollendung des 92. Lebensjahres:
am 16.06. Hermann Heyermann, Gartenstr. 3, 57578 Elkenroth

Der VBE-Kreisverband Westerwald lädt herzlich ein zu einer Fortbildung für Kolleginnen und Kollegen in Grund- und Förderschulen sowie Kindertagesstätten:

Eigentlich müsste man mit den Kindern mehr singen ...!

Ort: **Joseph-Kehrein-Schule, Gelbachstr. 1, 56410 Montabaur**

Termin: **am Donnerstag, 21. Mai 2015, 16.15 – 18.30 Uhr**

Leitung: **Anja Opelt**

Klavierbegleitung: **Walter Born (www.born4music.de)**

Anmeldung: **Wir bitten um Anmeldung bis spätestens Montag, 18. Mai 2015, bei Barbara Kuch, Tel. 02623 - 6530 oder kuchbarbara@arcor.de.**

Programm: Diese Einsicht haben viele, und der VBE-Kreisverband WW möchte nun mit einer Veranstaltungsreihe dazu ermutigen, sich im Unterrichtsalltag häufiger die Zeit dafür zu nehmen. Am 21.5.2015 haben Kolleginnen und Kollegen aus Kindergärten sowie Grund- und Förderschulen die Möglichkeit, die Stimme für die kommende Sommersaison zu ölen und die Erfahrung zu machen, das gemeinsames Singen Spaß macht.

Der für seine mitreißenden Arrangements bekannte Jazz-Pianist Walter Born wird uns dabei begleiten, sodass das Proben der jahreszeitlich aktuellen Lieder und Tänze sicher eine vergnügliche Sache wird.

Das Repertoire ist den gängigen Liedersammlungen und Unterrichtswerken entnommen. Aber nicht nur – denn zur Auflockerung wird auch das eine oder andere Bonbon aus den Hitlisten zum Mitsingen ertönen.

Das Angebot, das im Turnus der Jahreszeiten wiederholt stattfinden soll, richtet sich an alle, die Freude am Singen mit den Kindern haben wollen. Besonders Anfänger aber auch Fortgeschrittene sind gleichermaßen willkommen.

Barbara Kuch

Donnerstag
21.05.2015
16.15–18.30 Uhr

VBE-Kreisverbände in der Region Rheinhessen-Pfalz

Workshop „Bewegte Bildung“

Ort: **PfalzAkademie, Franz-Harmann-Str. 9, 67466 Lambrecht**

Termin: **Mittwoch, 20. Mai 2015, 9.00 bis 16.00 Uhr**

Referent: **Jimmy Little, Gründer und Direktor von Move-To-Change**

Anmeldung: **Anmeldungen bitte bis 13. Mai 2015 bei Sabine Mages, E-Mail: s.mages@vbe-rp.de**

Programm: Forschungsergebnisse der Neurowissenschaft und jahrzehntelange Erfahrungen aus allen Schulformen belegen, dass Bewegung
- biologisch „gesunde“ Rahmenbedingungen für Schüler und Lehrkräfte sichert und
- zu einer Verbesserung der Konzentration, Denkgeschwindigkeit und Gedächtnisleistung führt.

In diesem Sinne wurde der Workshop „Bewegte Bildung“ entwickelt, um im schulischen Alltag mehr Bewegung zu verankern. Der Workshop „Bewegte Bildung“ liefert mit umfangreichen Lernmaterialien verblüffend einfache Lösungen um lernförderliche Bewegungsformen im Schulalltag zu integrieren. Markenzeichen des Workshops sind speziell für den Einsatz in der pädagogischen Praxis entwickelte Methoden und innovative Lehrmaterialien, um biologisch „gesunde“ Rahmenbedingungen für Schüler/-innen und Lehrkräfte herzustellen und eine erfolgreiche Steuerung der Motivation und Wachsamkeit im Unterricht zu sichern.

Die Veranstaltung wurde vom Pädagogischen Landesinstitut (PL) Rheinland-Pfalz „als dienstlichen Interessen dienend“ und damit als Lehrerfort- und -weiterbildungsveranstaltung anerkannt (PL-AZ:). Es wird ein Tagungsbeitrag für VBE-Mitglieder von € 10,00 und Nichtmitglieder von € 20,00 erhoben.

Über eine zahlreiche Teilnahme und eine rege Diskussion an diesem Nachmittag würden wir uns sehr freuen!

Sabine Mages, stellv. Landesvorsitzende

Unter **www.move-to-change.com** finden Sie weitere Informationen.

Mittwoch
20.05.2015
9.00–16.00 Uhr

Zum Tee bei …

Bernd Kuha

Bernd Kuha

Ab in den Norden … das ist über viele Jahre die (Urlaubs-)Devise von Bernd Kuha gewesen. Der Norden Europas hat seine Begeisterung geweckt: bis hinauf zum Nordkap, in Grönland bis zur Diskobucht oder an die Packeisgrenze bei Spitzbergen. Klarheit und Weite sind seins, zuweilen gepaart mit einem Hauch dichter Lyrik (es muss ja nicht die *Edda* sein) …

Auch beruflich war der Förderschulrektor i. R. stets ein Mann des Nordens, des nördlichen Rheinland-Pfalz. In Neuwied aufgewachsen und zur Schule gegangen, hat er dort sogar anfangs studiert, solange es 1969 an der PH noch ging. Auch seine erste Stelle als ausgebildeter Volksschullehrer fand er in Heddesdorf an der Kinzing-Schule. Das war 1972.

Bernd Kuha hat an der EWH Koblenz seine Lehrerprüfung als einer der letzten Volksschullehrer in Rheinland-Pfalz abgelegt, und zwar nach der 68er-Prüfungsordnung. Er war damit „Zehnkämpfer“ mit dem Hauptfach *Sport*, sehr berufspraktisch ausgebildet, aber gleichsam wissenschaftlich fundiert. Diese Praxisorientierung hat ihn sein ganzes Lehrerleben begleitet. Und sie hat ihm immer geholfen, neue pädagogische Ideen so umzusetzen, dass daraus Lebenshilfe wurde. Seine ethische Orientierung fand er als Mitglied der *Herrnhuter Brüdergemeine* in Neuwied, vor allem aber in Albert Schweitzer, der die Ehrfurcht vor dem Leben in das Zentrum seines sozialen Handelns stellte.

Das war auch das Motiv für das aufbauende Studium der Sonderpädagogik, das Bernd Kuha zwischen 1973 und 1975 in Mainz am Fachbereich 4 der damaligen EWH absolvierte, bei „vollem Lohnausgleich“, wie das heute auszudrücken wäre. Seine Studienschwerpunkte lagen in der Auseinandersetzung mit Beeinträchtigungen des Lernens und der Sprache.

Zurück in der Praxis kam es dann für Bernd Kuha quasi Schlag auf Schlag: Zweites Staatsexamen als Sonderschullehrer, Fachleiter Sport am Sonderschulseminar, Engagement in den fachdidaktischen Gremien für den Lehrplan Sport, schließlich Rektor der Sonderschule in Asbach, deren Namensgebung als *Albert-Schweitzer-Schule* er erfolgreich initiierte. Und nicht zuletzt: Viel VBE-Engagement als stellvertretender Kreisvorsitzender und Mitglied im Bezirkspersonalrat.

Bernd Kuha war als Lehrer wie als Rektor stets ein Mann mit Sinn für das Machbare. Seine Devise: Ein neues Konzept ist immer nur so gut wie seine Umsetzung. Ein gutes Beispiel dafür sind die Vorlaufklassen 9, die er mit seinem Kollegium – mittlerweile als Rektor an der Maximilian-Kolbe-Schule in Rheinbrohl – entwickelt hat, eine Möglichkeit für beeinträchtigte Schülerinnen und Schüler, den Schulabschluss an einer „Regelschule“ zu erwerben. Ein Stück praktizierte Integration also, das schulpolitisch als Leuchtturmprojekt mit Vorbildfunktion klassifiziert wurde. Eine Integration übrigens, die uns heute – lediglich umetikettiert – als Inklusion angedient wird, wie Bernd Kuha feststellt. Diese Integration wird immer noch erfolgreich gemeinsam mit der Realschule plus in Linz praktiziert.

Den Mann aus dem Norden hat es ganz zuletzt, nach seiner Pensionierung 2012, dann doch noch in den Süden verschlagen. Und dann richtig, ins Südpolarmeer, jenseits von Kap Hoorn bis auf das antarktische Festland. Zum Treffen mit den Königspinguinen. Das war offensichtlich das Sahnehäubchen auf ein erfolgreiches Berufsleben, das er sich – wiederum ganz praktisch – geleistet hat.

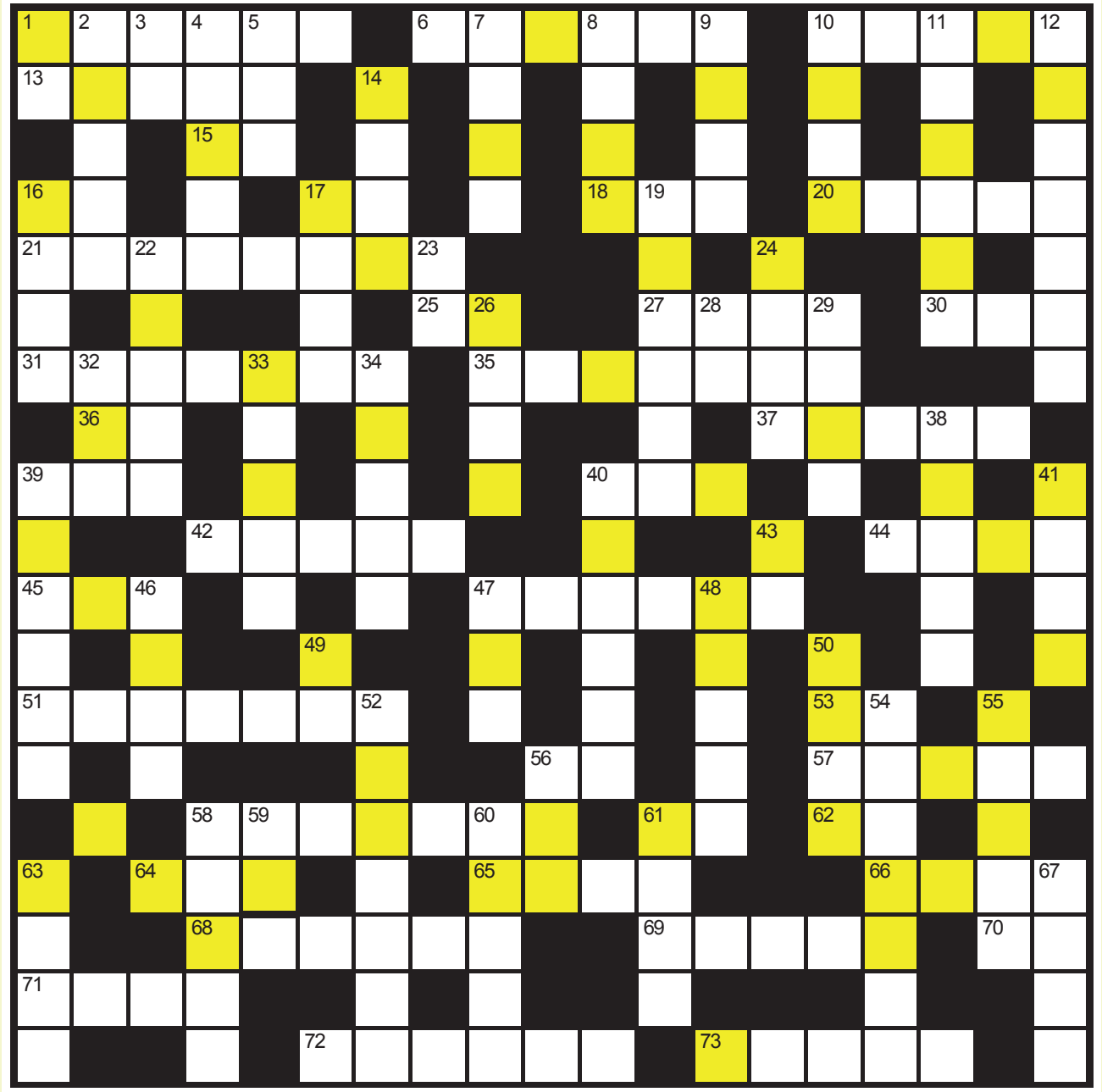
■ *br*

Das große „…mit dem Gefühl wie früher bei der Mathearbeit: Geht es zu leicht, ist es meistens falsch“ – Rätsel.

Die Redaktion wünscht viel Erfolg!

Waagerecht:

1 Der nervt schon morgens
6 Vom Big Ben kann man diesen Fluss gut sehen
10 Flugsaurier mit Nachname MAJA
13 Der kommt immer aus Tirol
15 Medizinischer Dienst
16 Chemisches Element
17 Damit wäre die Hindenburg nicht in Flammen aufgegangen (Chem. Zeichen)
18 Die zuverlässigste Eichung der Nulllinie dieser Messung erfolgt an Schülern einer 7. Klasse in der 6. Stunde im Geschichtsunterricht
20 Der überprüft, ob Ihre Unterschrift auch Ihre Unterschrift ist.
21 Bitte mixen: OLLDIAKA
25 Das sprechende Pferd: Mr.?
27 Folgsam, artig
30 Ungekocht
31 Wohnt im Porzellanladen
35 Schutzbehauptung
36 ? sagte Fidel Castro, als man ihm eine Cohiba anbot.
37 Not, Armut, Hilflosigkeit (also praktisch der Zustand im Referendariat)
39 Mordnystizifedstiekmaskremfua
40 Nicht mal der ist umsonst
42 Staat in Afrika
44 Hauptstadt von Samoa
45 Den, auf dem man sitzt, sollte man nicht absägen
47 Liebesapfel
51 Verhaltens- oder Denkmuster, die nicht der akzeptierten sozialen Norm entsprechen
53 Geburtsort von Erich Maria Remarque (Kfz-Kennz.)
56 Hier kommt die schöne Heidi her (Kfz-Kennz.)
57 Belämmertes Herdentier
58 Land mit internat. Vorwahl + 237
61 Elektronische Novelle von Stephen King
62 Dr. Ehrenhalber (Abk.)
64 Dt. Terrorgruppe in den 70ern.
65 Davon kann man auf die Dauer auch nicht leben
66 Equus asinus asinus; Sie kennen ihn nicht? Sind Sie vielleicht selbst einer?
68 Hat mancher im Nacken
69 Hieß früher Lehrling, muss aber immer noch ausfegen.
70 Lehramt
71 30,48 cm



72 Mare Balticum
73 Wer weiß, wie man die beim Essen benutzt, ist klar im Vorteil

Senkrecht:
1 Bundesstaat USA, Westküste
2 Märchen von Hans Christian Andersen
3 Da guckste in die Röhre
4 Wo setzt man das nun richtig?
5 The ?, sangen schon die Beatles
7 Landstreitkräfte
8 Versteckt sich gerne im Kugelschreiber
9 Unvergänglich, zeitlos
10 Hauptstadt (de facto) der Schweiz
11 Dressierter Vogel vom Finanzamt, der einem die Penunzen klaut
12 Bevor man Ihnen vorwirft, dass etwas mit Ihrem Gefühl nicht stimmt, nehmen Sie lieber DIE.
14 Die dritte Zahl der Fibonacci-Folge.
16 Kaffeehaus
17 Der ist oft blank
19 Ungeborene Leibesfrucht
22 Kann man kein Quadrat draus machen
23 Domain-Endung in Deutschland
24 Wohnt in Germany
26 Typisch bei diesem Spiel: Diese Frau kann mal wieder alles.
28 Regional-Express
29 So nennt der Schweizer sein Fahrrad
32 Lysergsäurediethylamid,
33 Das Weiße von den Beatles ist wohl eines der bekanntesten
34 Deep in the heart of ?
38 Bist du in Kathmandu, bist du in ? Guckst du!
39 Mimosengewächs
40 Der ? des Todes
41 Kindlich unbefangen
43 Nach Elfmeterschießen
46 Mach doch keinen ?
47 Sprengstoff
48 Nicht billig
49 In oder out?
50 Im Namen der ?
52 Never ever
54 Die Erde ist eine?
55 El OMBLIGO(dt.) del mundo
56 Antilope mit kräftigen Hörnern
58 Wenn die schwarz ist, sieht das das Finanzamt gar nicht gerne.
59 Atemfrequenz
60 Geschwür
61 Hauptstadt hier: Salt Lake City
63 Fabelwesen
67 Langer chinesischer Pianist

kfs

Mehr Gerechtigkeit wa(a)gen.
Damit Lehrer nicht sitzen bleiben.

Wir lassen uns nicht abhängen –

jetzt A 13!

Gestaltung: www.typoly.de

VBE
Verband Bildung und Erziehung
Landesverband Rheinland-Pfalz

Mehr zur VBE-Kampagne:
»Mehr Gerechtigkeit wa(a)gen. Damit Lehrer nicht sitzen bleiben«
www.gerechtigkeit-fuer-lehrer.de